Freitag, 11. April 1924. **Einzelnummer 250000 Mark.** 63. Jahrgang. **Nr. 86**

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsst. 6 700 000, bei den Ausgabest. 7 000 000, durch Zeitungsb. 7 300 000, durch Post . . . 6 986 000 einschl. Postgebühren, ins Ausland 11 000 000 p. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 100 000 M. Reklameteil 250 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr.

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 100 000 M. *) Reklameteil 250 000 M in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Fernspr. 6105, 6275 Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die wichtigste Frage.

Die Frage der polnischen Getreideausfuhr ist noch immer ein Gegenstand heftigen Streites zwischen den Vertretern der Erzeuger- und der Konsumentengruppe. Nach der Errichtung des neuen polnischen Staates fand sich seine Landwirtschaft in einem derartigen Zustande teils allgemeiner sachlicher Rückständigkeit, teils starker, durch den Krieg verursachter Verwüstung vor, daß man in dieses doch hauptsächlich agrarische Land anfänglich sogar Brotgetreide einführen mußte. Wenngleich die polnische Landwirtschaft heute auch noch längst nicht, vor allem in Altpolen und den östlichen Provinzen, eine zeitgemäße Technik der Bodenbearbeitung sich zu eigen gemacht hat, namentlich auch der genügenden Anwendung künstlicher Düngemittel in weitem Umfange ermangelt, so haben sich doch die Verhältnisse in anbetracht der Umstände ziemlich schnell geändert. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Polen heute schon in sehr nennenswerter Weise als Versorger des europäischen Getreidemarktes mit auftreten könnte. Wenn dies noch nicht zur Tatsache geworden ist, so liegt das eigentlich und in der Hauptsache nur an den allgemeinen Verhältnissen der inneren Wirtschaft. Polen ist kein billiges Land. Seine Bevölkerung, und damit auch der Staat, leidet seit langem unter der Teuerung fast aller handwerklich und industriell erzeugten täglichen Bedarfsartikel. Die Situation wird allein schon dadurch klar genug beleuchtet, daß z. B. der polnische Bergarbeiter etwa 2 Goldmark mehr als im Frieden und etwa 1 Goldmark mehr als der deutsche Grubenarbeiter erhält bezw. erhalten muß, um sein Leben zu fristen. Trotz hoher Zölle und Frachttarife können ausländische Textil- und Metallerzeugnisse, ja neuerdings sogar Naphthaprodukte, mit bestem Erfolge auf dem polnischen Markte konkurrieren. Auf der anderen Seite zeigt sich infolge der vermehrten landwirtschaftlichen Produktion ein verhältnismäßig niedriger Preisstand für Brotgetreide usw. Mit anderen Worten, wir haben es hier mit einer ähnlichen Erscheinung wie in Sowjetrußland zu tun, die man dort bekanntlich die russische „Schere" nennt, womit das Auseinanderstreben der Preise für landwirtschaftliche und für Industrieerzeugnisse versinnbildlicht werden soll. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die Landwirtschaft die völlige Freigabe der Getreideausfuhr erstrebt, um dadurch auch im Inlande bessere Preise zu erzielen. Der Zentralverband der Landwirtschaft hat erst jüngst wieder in einer Denkschrift an die Regierung auf den großen Unterschied zwischen den in- und ausländischen Getreidepreisen und auf die nachteiligen Folgen der durch die Politik der Regierung bewirkten künstlichen Niedrighaltung der Preise für die künftige landwirtschaftliche Produktion hingewiesen. Erreicht worden ist auch, daß der Sejm sich vor einigen Tagen für die Dringlichkeit des freien Getreidehandels ausgesprochen hat.

Die Regierung befindet sich diesen Forderungen gegenüber in einer recht verzwickten Lage. Prinzipiell scheint sie weiterhin an dem generellen Verbot der Getreideausfuhr festhalten zu wollen, von dem Ausnahmen nur in besonderen Fällen durch das Haupteinfuhr- und Ausfuhramt gestattet zu werden pflegen, und zwar gegen Entrichtung einer ziemlich hohen Ausfuhrabgabe, auf welche die Regierung angesichts der kürzlich begonnenen Sanierung der Staatsfinanzen um so weniger verzichten zu können glaubt. In diesem Verhalten wird die Warschauer Regierung, d. h. vor allem der Finanzminister Grabski, der gegenwärtig eine gewisse Diktatorrolle auf Grund eines weitgehenden Ermächtigungsgesetzes spielt, nicht zuletzt durch die Industrie, besonders die Schwerindustrie der schlesischen Wojewodschaft, bestärkt. In diesen Kreisen befürchtet man, daß die Zulassung des freien Getreidehandels mit dem Auslande weitere Lohnerhöhungen, damit eine Vermehrung der Produktionskosten und eine verhängnisvolle Steigerung der Konkurrenzunfähigkeit gegenüber der ausländischen Industrie zur Folge haben würde.

Nun hat zwar die Regierung schon einmal eine „große Ausnahme" zugunsten der Landwirtschaft gemacht, als es sich nämlich zu Anfang dieses Jahres darum handelte, die Landwirtschaft in die Lage zu setzen, genügende Barmittel zur Entrichtung der fälligen Raten auf die einmalige Vermögensabgabe zu erlangen. Es war beabsichtigt, die Ausfuhr von 40 000 Waggons Getreide unter gewissen formellen Bedingungen, z. B. der Anmeldung bei besonders hierzu ermächtigten landwirtschaftlichen Handelsorganisationen und unter der Kontrolle der landwirtschaftlichen Genossenschaftszentrale „Unitas" in Warschau zuzulassen. Aber schon damals rechnete Grabski selber mit einer Ausfuhr von höchstens 20 000 Waggons. In Wirklichkeit wurden bis zu dem angesetzten Termin (25 Januar), soweit sich aus Meldungen der polnischen Presse feststellen läßt, im ganzen nur 8335 Waggons zur Ausfuhr angemeldet. Jedoch auch von dieser Menge sind, nach einer Mitteilung des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" nur 1865 Waggons bis etwa zum Ablauf des zweiten Drittels des vergangenen Monats tatsächlich ausgeführt worden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die letztgenannte Tatsache damit zusammenhängt, daß zur Ausfuhr nur Getreide von hervorragender Qualität angenommen wurde, während die allgemeine Güte der letzten Ernte eigentlich nur mittelmäßig war. Die Regierung hat in Verfolg ihrer Politik möglichster Ermäßigung der Kosten der Lebenshaltung diese Gelegenheit jetzt benutzt, um für den Rest der angemeldeten Mengen die Ausfuhr wieder zu verbieten. Begründet wird dieses Verbot damit, daß in der letzten Zeit das Getreideangebot auf den polnischen Märkten ungenügend gewesen sei. In der Tat hat sich in den letzten beiden Wochen, z. B. in Warschau und Lemberg, wenigstens im inoffiziellen Verkehr, eine kleine Preissteigerung gezeigt. Ob sie von Dauer sein wird, ist eine andere Frage.

Neuerdings hat die organisierte polnische Landwirtschaft den Umstand, daß die Zeichnungen auf Aktien der neuen polnischen Emissionsbank, die ein Rückgrat der Grabskischen Sanierungsmaßnahmen werden soll, nur recht spärlich erfolgen, auszunutzen versucht. Man wollte sich zum Ankauf von 200 000 Aktien verpflichten, wenn dafür die Ausfuhr von 200 000 To. Getreide, und zwar unter Erlaß der Ausfuhrabgaben gestattet werden würde. Auch das hat der Finanzminister unter Hinweis auf den Ausfall im Einnahmeetat abgelehnt.

Man wird nun abwarten müssen, ob es neuerlichen Vorstößen von Senat und Sejm letzten Endes doch noch gelingen wird, die Regierung umzustimmen, um die Getreideausfuhr wenn nicht ganz freizugeben, so doch wesentlich zu erleichtern. Auf diese letztere Möglichkeit scheinen die Konferenzen hinzudeuten, die augenblicklich wieder im Handelsministerium aufgenommen worden sind und bei denen, nach einer Meldung des „Kurjer Polski" über Maßnahmen zum allmählichen Uebergang zum freien Getreideverkehr beraten wird. Dessen Einführung glaubt das zitierte Warschauer Blatt zum Juni d. J. erwarten zu dürfen. Es handelt sich aber auch hier wohl nur um die freiere Gestaltung des Getreideexports im Rahmen eines bestimmten Ausfuhrkontingents.

„Ventilation" des Minderheitenschutzvertrages.

Der Ruf nach der gerechteren Politik. — Kündigung des Vertrages. — Plumpe Offenheit und hinterlistige Spitzfindigkeit. — Die Angst vor dem Osten.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Warschau, 8. April. Vor kurzer Zeit hat der frühere Innenminister Kiernik in einer Kommission jene auffallende Rede gehalten, in der er betonte, daß den Minderheiten gegenüber eine gerechtere Politik betrieben werden müsse. Zur selben Stunde fast hat in einer anderen Kommission gleichfalls ein hervorragendes Mitglied der Piastpartei sich lebhaft für die Minderheitenschule eingesetzt. Dann kamen im jüdischen Blatt „Nasz Przegląd" allerhand Mitteilungen, die glauben lassen konnten, daß wirklich Bestrebungen im Interesse der Minderheiten im Gange seien. Und heute berichtet der „Przegl. Wieczorny", daß ein Beratungskomitee für das Ministerium des Innern in der Bildung begriffen sei, und daß zu diesem Komitee auch der Abgeordnete Stan. Grabski, der Sozialist Niedziałkowski und der Advokat Löwenherz gehören. Wir verzeichnen diese Mitteilungen, ohne ihnen vorerst allzu viel Bedeutung beimessen zu können, und auch die schönen Absichten Kierniks schienen uns nicht zum mindesten durch die damals gerade tagende Völkerbundratsitzung und den Wunsch, dort in möglichst angenehmem Lichte zu erscheinen, beeinflußt zu sein. Jedenfalls ist einige Skepsis am Platze, wenn von Plänen zur Besserung des Schicksals der Minderheiten die Sprache ist. Und diese Auffassung wird bestätigt durch die Enthüllung der Pläne, die in dieser Hinsicht innerhalb der Rechten bestehen und die nicht mehr und nicht weniger als die

Kündigung des Minderheitenschutzvertrages

im Auge haben. Der Senatsmarschall Trąmpczyński hat es sich zur dankenswerten Aufgabe gemacht, das Publikum über diese Pläne aufzuklären.

Im Senat, so heißt es in einem Interview mit dem Senatsmarschall, wird die Frage der Kündigung des Minderheitenschutzvertrages „ventiliert". Und anläßlich dieser „Ventilation" (die aber wenig frische Luft verspricht) sagt uns Herr Trąmpczyński, daß das Versailler Traktat wohl gültig sei, trotzdem es die Vereinigten Staaten nicht unterzeichnet haben, und daß seine Kündigung unmöglich sei. Denn hier bestimmt eine Klausel, daß die Ratifikation durch drei Mächte genüge. Der Minderheitenschutzvertrag aber müsse von allen Mächten ratifiziert sein, um seine unumstößliche Festigkeit zu erhalten. Denn dieser Minderheitenschutzvertrag enthalte die obige Klausel nicht. Ob nun Herr Trąmpczyński selbst glaubt, daß dieser Sophismus in der Auslegung der Verträge irgend welchen Anklang bei den Völkerrechtslehrern der Welt und des Völkerbundes finden werde, mögen wir dahingestellt sein lassen. Er würde jedenfalls Polen einen sehr schlimmen Dienst leisten, wenn er auf Grund solcher Rechtsanschauungen eine feierlich übernommene Verpflichtung umstoßen wollte. Die Meinung der Welt ist kein privates Zivilgericht, in dem man mit allerhand Spitzfindigkeiten Eindruck machen könnte. Und ebensowenig das Haager Schiedsgericht und andere Weltinstanzen, denen diese Angelegenheit doch sicher zur Entscheidung vorgelegt würde. Herr Trąmpczyński ruft aus, daß selbst die Türkei nicht so schwere Lasten zu tragen habe, wie sie das Haager Schiedsgericht Polen auferlege. Man muß sich bei solchen Verirrungen wirklich an den Kopf greifen und fragen, wie solche Geisteskonstellationen nur möglich sind. Waren es nicht die fortdauernden Ausweisungen polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität, deren Staatsbürgerrecht willkürlich bestritten wurde, die es nötig machten, den Schutz des Völkerbundes anzurufen? Sind durch die geplanten Parzellierungsgesetze nicht wiederum Zehntausende von Deutschstämmigen bedroht, Hab und Gut zu verlieren? Geht nicht die ganze Politik der Rechten, ja sogar gemäßigter Parteien, wie zum Beispiel der Wyzwolenie, gerade wieder in dieser Agrarfrage darauf hinaus, Polen von Deutschen zu „reinigen"? Und hat nicht General Sikorski selber in seiner berühmten Rede in Posen versprochen, daß „innerhalb eines Jahres" die Westgebiete gesäubert sein müßten? Welchen Schutz haben vor allem die Deutschen in Polen, wenn sie nicht den Minderheitenschutzvertrag als Rechtskodex für die die Grundbedingungen ihrer Existenz in Polen aufweisen könnten, wenn ihnen nicht der Völkerbund und das Haager Schiedsgericht als unparteiische Instanzen bei ihren vielfachen Leiden zur Verfügung ständen?

Nun bekämpft das linksstehende Blatt „Kurjer Poranny" die Trąmpczyńskische Torheit, die Kündigung des Vertrages vorzunehmen. Wir müssen sagen, daß uns die unkluge Offenheit des Sejmmarschalls noch lieber ist, wie die verstecktere Art des „Kurjer". Denn dieser sagt, kein wahrer Pole denke auch nur einen Augenblick daran, den Minderheitsvertrag zu schützen. Er habe überhaupt nur den Wert einer „Deklaration". Es sei absolut unzulässig, daß sich „fremde Mächte" (der Völkerbund!) in polnische Angelegenheiten einmischen. Aber man dürfe den Vertrag nicht kündigen, schon mit Rücksicht auf den Osten nicht. Also mit Rücksicht auf die Ukrainer und Weißrussen. Der Vertrag gelte hier sogar in den Augen der Welt als eine Art Handhabe für Polen.

Gerade im Osten werde ein erbitterter Kampf gegen Polen geführt und hierbei handle es sich nicht nur um Rechte, sondern darum, Territorien von Polen loszureißen, wie Wilna und Ostgalizien. So schreibt der „Kurjer Poranny". In klarere Sprache übersetzt lauten diese Sätze also dahin, daß **man sozusagen im Westen, also den Deutschen gegenüber, sich nicht so streng an den Vertrag halten müsse. Er sei dort nur als eine Art Deklaration aufzufassen. Im Osten aber, wo die Lage so gefährlich ist, und das große und rätselhafte Rußland hinter den Nationalitäten steht, dort muß man sich des Schutzvertrages bedienen, um der Welt sagen zu können: „Seht, wie diese Völker beschützt sind!"** Wirklich, die etwas ungeschickte Offenheit des Senatsmarschalls und die Machenschaften innerhalb der Rechten sind für die deutschen Minderheiten weniger gefährlich, wie die versteckte Kampfesweise der Leute, die sich um den „Kurjer Poranny" scharen. Und die Völker der Ostprovinzen scheinen sich dessen bewußt, daß sie von Polen im Grunde doch gefürchtet werden. Wann hätte es sich jemals ein Deutscher im Sejm einfallen lassen können, so wie es die Ukrainer tun, die Autonomie ihrer Provinzen als das unverrückbare Ziel ihrer Bestrebungen hinzustellen! Wann jemals hätte ein Deutscher es wagen können, im Sejm solch scharfe Worte zu gebrauchen, wie gestern noch der Ukrainer Wasynczuk, der glatt sagte, die Regierungspolitik bringe den Explosionsstoff nach dem Osten, und auf friedlichem Wege sei die Lösung der Nationalitätenfrage im Osten nicht mehr möglich. Und als dann eine Stimme rief: „Meinen Sie damit den Krieg," so zögerte er keinen Augenblick, um zu sagen: „Es könnte schon zum bewaffneten Konflikt kommen!"

Sejmsitzung vom 8. April.

Es ist bereits vor einiger Zeit berichtet worden, daß der Sejm beschlossen hat, das Gesetz für die allgemeine Dienstpflicht auch auf Oberschlesien auszudehnen. Nun wurden noch einige Ausführungsbestimmungen für Oberschlesien nach kurzer Debatte, die sich vor allem auf Offiziere beziehen, angenommen, und zwar in zweiter und dritter Lesung. Ein Antrag hatte sich gegen die außerordentliche Teuerung der Schulbücher gewandt. Diese Gelegenheit ergriff Feldmann von der jüdischen Gruppe, um gegen die Schulbücher Stellung zu nehmen, die in unverantwortlicher Weise gegen die Nationalitäten der Minderheiten hetzen. Er stellte den Antrag, daß die Regierung solche Hetzbücher in den Schulen verbiete. Dieser Antrag fiel natürlich durch; da bezeichnenderweise nur die Sozialisten und die Minderheiten für diese Sache stimmten, die als ganz natürlich angesehen werden sollte. Das veranlaßte den Sozialisten Diamand zu dem berechtigten Ausruf: „Das ist schamlos!"

Sämtliche polnische Parteien stellten einen Antrag wegen der herausfordernden Haltung Litauens. Dąbski von den Piasten sagte, die Geduld Polens müsse nun ein Ende nehmen. Aber man müsse daran denken, daß Litauen das Land der deutschen und russischen Einflüsse sei. Polens Recht und Pflicht sei es, sich an die Meinung der Welt und den Völkerbund zu wenden, und zu zeigen, daß Litauen den Frieden störe. Man habe das Recht, sich für die Minderheiten in Litauen einzusetzen.

Die Regierung wird aufgefordert, alle Mittel anzuwenden, um die Kriegsdrohungen an der polnisch-litauischen Grenze zu verhindern. Nun ergriff, unter unbeschreiblichem Tumult, der Weißrusse Taraszkiewicz das Wort, um zu sagen, daß Polen „erst einmal dafür sorgen müßte, bei sich zu Hause ihre Minderheiten nach Gebühr zu behandeln. Der Antrag scheine selbst Kriegsmittel nicht zu verschmähen. Was in Litauen vorgehe, wisse man nicht sicher. Die Anträge scheinen also übertrieben. Polen suche selbst nur alles zu verderben und zu polonisieren." (Leidenschaftliche Rufe: „Weg mit diesem Provokateur!" „Wir wollen ihn nicht hören!")

Nach minutenlangem Lärm wird die Sitzung unterbrochen, nachdem Głąbiński leidenschaftlich die Ausschließung des Redners verlangt hatte. Der Marschall Rataj lehnte sie jedoch ab, da eine rechtliche Handhabe nicht gegeben sei. Die Dringlichkeit des Antrags wurde angenommen.

Vom Sejm.

In der Mittwochsitzung der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten referierte Abg. Stroński von den Christlich-Nationalen über die Memelfrage. Er stellte die grundlegenden Unterschiede zwischen dem Memeler Statut in der Auffassung des Botschafterrates und der des Völkerbundsrates fest. Polens Niederlage in Memel wäre die Folge der Fehler, die die polnische Politik in der Zeit der Festsetzung der Ostgrenzen und der Einnahme Memels durch die Litauer gemacht habe. Schon damals wäre es an der Zeit gewesen, entsprechende Schritte zur Erlangung Memels zu tun. Indessen öffne der Jahresaufenthalt der Litauer in diesem Hafen aufs neue die Danziger Frage im Einklang mit dem Artikel 114 des Versailler Vertrages, weil die Existenzgrundlagen Polens an der Ostsee zerstört wären.

Abg. Kozicki vom Nat. Volksverband wies darauf hin, daß die Memelfrage nicht nur den Charakter eines Rechtsstreites um Polens Berechtigungen in diesem Hafen habe, sondern auch politischen Charakter trage. Das sei so zu verstehen, daß in Rechtsstreiten eine ganze Reihe von Faktoren wirtschaftlicher Natur eine Rolle spielen und nur in politischen Streiten der Faktor der Macht das entscheidende Moment sei. Die Macht des Staates aber hängt ab von dem Reichtum der Schatzkammer und der Gefechtsbereitschaft des Heeres. Polen werde solange keine in ihren Ergebnissen günstige Außenpolitik führen können, solange es nicht die Finanzen in Ordnung bringt und das Heer ausstattet. Geschehe dies nicht, dann werde Polen zu ständigen Niederlagen verurteilt sein.

Vom Senat.

In der Mittwochsitzung des Senats wurde mit den Beratungen über das Militärdienstpflichtgesetz begonnen. Im Namen des Ausschusses referierte Senator Białý von der Poln. Volkspartei, der u. a. von der strategischen Lage Polens und der Vergeltungspolitik der Randstaaten sprach.

Das Gesetz sieht die Dienstpflicht ausschließlich für männliche Personen vor, doch führte der Ausschuß eine Verbesserung ein, nach der weibliche Personen zum freiwilligen Dienst zugelassen werden. Aus der Tatsache, daß zum ersten Schutz der polnischen Grenzen nach fachmännischer Ansicht 30 Divisionen, d. h. rund 300 000 Mann nötig seien, die jährliche Aushebung aber ungefähr 150 000 Mann betrage, gehe hervor, daß Polen die zweijährige Dienstzeit haben müsse. Eine vom Redner eingebrachte Entschließung verlangt, daß ein Gesetzentwurf vorgelegt werden solle über die physische Erziehung der Jugend und deren militärische Vorbereitung.

Nach den Ausführungen des Generals Sikorski setzte eine lebhafte Diskussion ein. Zunächst sprach Senator Buzek. Darauf erklärte der Ukrainer Karpiński, daß er aus politischen Gründen gegen das Gesetz sei, aber einige Verbesserungen beantrage, da er überzeugt sei, daß das Gesetz durchkommen werde.

Einer der Anträge lautete auf Verkürzung der Dienstzeit auf 20 Monate. Senator Misiołek von den Sozialisten trat für einjährige Dienstzeit ein. Der jüdische Senator Mendelsohn erklärte, daß ein starkes und gut organisiertes Heer die Grundlage der Existenz des Staates sei und der jüdische Klub deshalb für das Gesetz stimmen werde. Nach längeren Ausführungen des Obersten Petrażycki als Vertreter des Kriegsministeriums und des Senators Nowodworski von der Christlichen Demokratie wurde die weitere Aussprache auf Donnerstag vertagt.

Vom Rechtsausschuß des Sejm.

Der Rechtsausschuß des Sejm beriet am Dienstag in weiterer Folge über die Verbesserungen zum Mieterschutzgesetz. Von wichtigeren Verbesserungen des Senats lehnte der Ausschuß u. a. die Verbesserung zum Artikel 7 ab, nach der die Ausgaben der Feuerversicherung zu den die Mieter belastenden Nebenabgaben gehören sollten. Angenommen wurde die Verbesserung zu Artikel 11, nach der in Häusern, die Eigentum des Staates sind, die Exmission eines Beamten, dessen Dienstverhältnis ein Ende fand, ohne Beschaffung einer anderen Wohnung nur dann zulässig ist, wenn der Beamte wegen eines Dienstvergehens entlassen wurde oder wenn er selbst die Stellung aufgab. Eine Verbesserung des Senats, die, wie es für den Abvermietungsvertrag vorgesehen war, im Mietsvertrag den Vorbehalt eines wichtigen Grundes zuläßt, dessen Eintreten die Lösung des Vertrages bewirken würde, wurde abgelehnt. Zum Artikel von der Mietssteuer wurde eine Verbesserung angenommen, nach der Grundstücke mit Einzimmerwohnungen und Grundstücke, die Eigentum von Selbstverwaltungsverbänden sind, von der Steuer befreit werden. Artikel 28 wurde in dem vom Sejm angenommenen Wortlaut beibehalten. Dieser Artikel handelt von der Pflicht des Grundstücksbesitzers, Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen. Die Verbesserung des Senats, nach der das Gesetz am Ersten des der Veröffentlichung folgenden Monats in Kraft treten soll, wurde angenommen. Das Gesetz soll noch in dieser Woche vor den Sejm kommen und wird, wenn die Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw“ in diesem Monat erfolgt, am 1. Mai in Kraft treten.

Was die Minderheiten in Deutschland fordern.

Die Wahlzeit in Deutschland hat auch die nationalen Minderheiten im Deutschen Reich, nach dem Muster des Minderheitenblocks in Polen, sich zusammenschließen lassen, um die Vertretung in den Reichstag zu wählen. Der Wahlkampf wird sehr lebhaft geführt, und jeden Tag erscheinen z. B. im „Dziennik Berliński“ Aufrufe von seiten des „Verbandes der Polen in Deutschland“. Diese Aufrufe sprechen von den „natürlichen Rechten“ der Minderheit in Deutschland. Wir haben bereits in einem Artikel darauf hingewiesen und gezeigt, wie die Minderheiten in Deutschland arbeiten und welche Forderungen sie stellen. Heute geben wir nur die Forderungen wieder, wie sie die Wahlaufrufe nennen. Diese Forderungen um die „natürlichen Rechte“ lauten:

Wir verlangen:

einen Vertreter der polnischen Minderheit beim Ministerium,

eine Wahlabteilung für die nationalen Minderheiten in Deutschland,

polnische Schulen aller Grade,

Schonung unserer Sprache und unserer nationalen Eigentümlichkeiten,

besondere Berücksichtigung in den Ämtern, im Gerichtswesen, bei der Arbeit und der öffentlichen Wohlfahrtspflege,

polnische Beamte in der Staatsverwaltung,

wirksamen Schutz gegen amtlichen und privaten Boykott,

ein Appellationsgericht unter Mitwirkung von polnischen Richtern in allen Angelegenheiten, durch die wir als Polen benachteiligt worden sind, und endlich

daß die Kinder des polnischen Volkes Zutritt erhalten zu allen höheren Stellen des öffentlichen Lebens.

*

Also dort fordert eine Minderheit, und in Polen fordert auch eine Minderheit. Welcher Unterschied aber besteht in dieser Forderung? Sind nicht gegen die Forderungen der Polen in Deutschland unsere Forderungen direkt bescheiden? Und trotzdem bekämpft man uns mit allen Formen, spricht bei jeder Gelegenheit von unverschämten Forderungen und was dergl. Dinge mehr sind. Ja, man fordert sogar die Peitsche für uns, wie das wörtlich in der letzten Okazistenversammlung im Zoologischen Garten geschehen ist. Man spricht dort wie die Fanatiker des Mittelalters: **„Wir wollen uns nicht nach dem richten, was die Regierung in Warschau anordnet. Wir bekommen die Deutschen viel schneller und besser aus dem Lande, wenn wir sie mit Peitschenhieben über die Grenze treiben!“**

Das sagt man im Zoologischen Garten, in einer Versammlung, zur selben Zeit, als der Herr Außenminister erklärt, daß er den politischen Hetzereien und dem Anschlag in Allenstein keinerlei besondere Bedeutung zumesse. Man ruft nach der Peitsche in einer Zeit, da die Brüder dieser Polen in Deutschland obige Forderungen stellen. Aber bei uns in Posen da kennt man den Spruch nicht: „Was Du nicht willst, das Dir gescheh, das tu auch keinem andern!“ Bei uns in Posen ruft man nach der Peitsche! Trotz Regierung und Außenministerium!

Republik Polen.

Bank Polski.

Das Organisationskomitee der Bank Polski gibt folgendes bekannt: Die Summierung der Ergebnisse der Aktienzeichnung für die Bank Polski weist mehr als 40 000 Aktionäre und 819 732 im Komitee zugeteilte Aktien auf. Da das Finanzministerium von sich aus unter speziellen Bedingungen ungefähr 200 000 Aktien abgetreten hat (die Zahl der Aktionäre ist dem Komitee noch nicht übermittelt worden), ist eine ganze Million Aktien von der Bevölkerung aufgenommen worden. Diese Daten können noch eine bestimmte, jedenfalls aber unerhebliche Aenderung erfahren, da das Material aus den auswärtigen Stellen noch nicht komplettiert ist.

Das glänzende Ergebnis verdanken wir der höchst bereitwilligen Haltung der ganzen Bevölkerung, die zweifellos im Erfolg der gemachten Anstrengungen große Befriedigung finden wird.

Der eingehende Bericht über die dreimonatige Tätigkeit des Komitees mit einer statistischen Ausarbeitung der Zeichnungsergebnisse, dem vielleicht schon die volle Liste der Aktionäre der Bank Polski beigefügt sein wird, erscheint in einigen Monaten. — Ein kurzer Bericht des Komitees wird in der Gründungsversammlung am 15. April erstattet werden.

Bei der Beendigung seiner Arbeiten sagt das Komitee der polnischen Presse herzlichen Dank für die Erleichterung der Aufgabe durch die reichliche Unterstützung des Zeichnungswerkes.

*

Wie der „Kurjer Poznański“ erfährt, soll Dr. Władysław Mieczkowski, Direktor der Bank Związku Spółek Zarobkowych und Vorsitzender der Posener Stadtverordnetenversammlung, der ernsthafteste Kandidat für den Posten des leitenden Direktors der Bank Polski sein.

*

Das Organisationskomitee der Bank Polski“ gibt bekannt, daß die summierten Ergebnisse der Aktienzeichnung für die Bank Polski mehr als 40 000 Aktionäre und 819 000 gezeichnete Aktien aufweisen. Außerdem sind vom Finanzministerium 200 000 Aktien zu leichteren Bedingungen ausgegeben worden.

Valorisierung bei Gericht.

Der Ministerrat bestätigte in seiner Donnerstagssitzung die Verfügung, nach der die gerichtlichen Gebühren und Geldstrafen in Urteilen und Entscheiden in Złoty ausgedrückt sein sollen.

Großfeuer in Lodz.

Wie aus Lodz gemeldet wird, brach am Mittwoch in der Fabrik Angerstein ein Großfeuer aus. Es erschienen sofort sämtliche Feuerwehren an der Brandstätte. Bei den Löschungsarbeiten hatte die Feuerwehr zwei Menschenleben zu beklagen. Auch eine Frau fand mit ihrem Kinde in den Flammen den Tod.

Die Krakauer November-Unruhen.

Die Krakauer Staatsanwaltschaft hat eine neue ergänzende Anklageschrift in Sachen der Novembervorgänge ausgefertigt. Die Anklageschrift wird, nachdem sie die Oberstaatsanwaltschaft passiert hat, nach Warschau geschickt und nach ihrer Bestätigung den Angeklagten zugestellt, deren Zahl von 13 auf 50 Personen angewachsen ist. Die Verhandlung wird wahrscheinlich in der Junikadenz stattfinden.

Kleine Meldungen aus Polen.

Ein Antrag des Innenministers auf Liquidierung der staatlichen „Aprowizacja Sanitarna“ ist vom Ministerrat am Donnerstag bestätigt worden.

*

Nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia“ hat die Zahl der in Schlesien streikenden Arbeiter abgenommen. Die Streikenden bilden 4 bis 5 v. H. der gesamten Arbeiterschaft. In Königshütte, Tarnowitz und einigen Kattowitzer Gruben ist der Ausstand erloschen. Im Dabrowaer Revier herrscht Ruhe. In einigen Gruben wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

*

Das politische Komitee des Ministerrats hat beschlossen, eine ständige Delegation beim Völkerbundsrat zu bilden.

Rumänien und Poincaré.

Nicht der Westen — der Osten entscheidet.

Litwinow erklärte Pressevertretern, die ihn in Sachen der Wiener Konferenz interviewten, die rumänische Regierung hätte sich darüber Rechenschaft gegeben, daß eine Verständigung in der beßarabischen Frage unumgänglich sei, und der Festigung der normalen Beziehungen nicht finanzielle Angelegenheiten, sondern die Okkupation Beßarabiens im Wege stehe. Nach der Meinung Litwinows müßte Rußland von Rumänien nach endgültiger Abrechnung eine Million Lei erhalten. Die rumänische Regierung, sagte Litwinow, wußte, daß Sowjetrußland den Grundsätzen der Selbstbestimmung der Völker huldigt und zur Erreichung dieser Ziele viele Opfer trug. Deshalb schlug die Sowjetregierung das Plebiszit vor und forderte auf Grund der historischen Rechte die Räumung Beßarabiens. Der Standpunkt der rumänischen Delegation werde durch die Tatsache erklärt, daß das französische Parlament die beßarabischen Protokolle ratifiziert hat, was von Rumänien als eine Forderung zum Abbruch der Unterhandlungen aufgefaßt wurde. Rumänien sei derart eingenommen von dem Gedanken, daß die internationalen Fragen in Paris oder London entschieden werden, daß es die Unabhängigkeit seiner internationalen Politik vergessen habe. Die rumänische Regierung sei für den Abbruch der Unterhandlungen weniger verantwortlich, als Poincaré. Die Wiener Konferenz habe die Welt an das Bestehen einer territorialen Frage erinnert, die gegen den Willen der Sowjets nicht entschieden werden könne. Diese Frage habe auch infolge des Beginns der Londoner Unterhandlungen eine sehr große Bedeutung, da England die Okkupation Beßarabiens gewissermaßen sanktionierte. Die Wiener Konferenz sei eine ernste Warnung an alle Staaten, die keine eigenen Interessen an der Ratifizierung der beßarabischen Protokolle haben. Schließlich erklärte Litwinow, diese Tatsache sei eine Unterstützung Rumäniens in der beßarabischen Frage und werde als ein feindlicher Schritt gegen die Sowjets aufgefaßt. Litwinow drückte die Überzeugung aus, die rumänische Regierung werde sich überzeugen, daß andere Staaten die Okkupation Beßarabiens verwerfen.

Mente.

Roman von E. Vely.

(41. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Nach Wilrode möchte ich jetzt nicht — später vielleicht. Sagen Sie der Mutter, daß es mir gut geht. Wenn ich auch nicht oft schreibe, soll sie sich keine Sorge machen, Herr Wenkstern — es geht mir gut!“

„Hm! Sie sehn ein bißchen blaßschnäbelig aus,“ meinte er.

„Ja, die Stubenluft! Das ist nicht wie da zu Hause.“

„Und frieren ja auch wohl, und 's ist so sonnenwarm draußen; wird 'ne heiße Fahrt —“

„Ja, mich friert, immer, immer!“

„Mal 'n Doktor fragen. Bin sehr für Doktors, Gesundheit ist das beste Gut. Na, auf Wiedersehn, kleine Mente!“

Sie sank auf einen Stuhl. Wie kalt und todesbang ihr gewesen war, als sie seinen Namen gehört hatte. Nun war die Gefahr vorüber, daß es nach Wilrode drang — einstweilen! Fräulein Schultz hatte von einem Wortwechsel gesprochen — ach, wie gut das von ihr war, so gut, so rücksichtsvoll! Ja, freilich, die wußte auch, wie es unglücklichen, bedrückten Menschen zumute ist.

Mente strich sich mechanisch über das Haar, wie sie immer vorher zu tun pflegte, ehe sie für Fräulein Schultz ein Modell probierte.

Gestern hatte sie zu ihr gesagt: „Mente, das müssen Sie doch einsehn — so kann es nicht bleiben. In den Laden kann ich Sie zu Hilfeleistungen nicht mehr rufen —“ So mitleidsvoll und traurig hatte es geklungen, daß sie hatte still dazu nicken müssen. „Später, da können Sie ja wiederkommen!“

„Später!“

Sie hatte Abschied von Agathe genommen und war dann nach Hause gegangen. Aber dies Zimmer war kein Zuhause. Es war lästig für Frau Segern, daß sie stundenlang darin saß — für Kranksein und Zuhausebleiben war es ja nicht vermietet — nur eine bessere Art von Schlafstelle.

„Mente, das mußt Du doch einsehn!“ Das war ihr auch gestern abend gesagt worden, als sie bei Hans die Klingel gezogen — sie mußte das dreimal kurz nacheinander tun, damit er wußte, daß sie es wäre. Mehrmals war ihr schon nicht geöffnet worden; dann hatte sie nicht unterscheiden können, ob er Besuch habe oder fort sei.

Und Besuch hatte er jetzt oft; morgens Sitzungen, abends kam dieser und jener neue Bekannte, der nicht zu dem Kreise aus der Wildkatze gehörte.

„Mente, das mußt Du doch einsehen! — ich werde jetzt gesucht, ich fange an, Karriere zu machen, da darfst Du mich nicht hindern!“

Karolinens Verschwiegenheit war vorläufig von dem Maler um ein Goldstück erkauft — aber den Weg durch die Hintertür nahm Mente doch nicht. Sie schämte sich vor der Alten.

„Was soll ich nun beginnen?“ hatte sie ihn gestern abend mit einem stumpfen Gleichmut gefragt.

„Geduld haben, ruhig sein, — mir, dem der Kopf so voll ist, vor allen Dingen Zeit zur Überlegung lassen. Ich werde ja schon das Richtige finden. Da, da ist Geld! Ich verdiene jetzt reichlich, in Not sollst Du nicht kommen.“

Sie hatte es genommen, das erste bare Geld von ihm, statt der Geschenke, mit denen er sie sonst überraschte. Sie mußte doch leben! Und sie hatte keine Arbeit und fand auch jetzt keine.

„Kannst Du nicht zu Deiner Mutter gehn? Sollte sie nicht eine vernünftige Frau sein, die einen Ausweg weiß, Dich bei Verwandten unterbringt?“

„Zu meiner Mutter? Lieber von selber gleich ins Wasser, ehe sie's mir sagt.“

Er hatte mit dem Fuße aufgestampft. „Die beliebte Tragik der Weiber — natürlich diese Drohung! Lieber Gott, wer hat die nicht schon gehört! — Jeder!

Und dann war er wieder sanft geworden. „Habe nur Vertrauen, Mente, nur das!“

„Das hast Du sonst auch gesagt!“

„Na, und?“

Sie hatte den Kopf schütteln müssen und ihm das Nachdenken darüber überlassen. Aber sie selber konnte gar nicht mehr denken, gar nicht mehr. Sie legte die Arme auf den Tisch und das Gesicht darauf —

„Fräulein Mente!“

Die Segern, eine Taille zum Anprobieren in der Hand, zwei Kleiderröcke über dem Arm, stand da, und Karoline, die feierliche Mullhaube auf dem Kopfe, war hinter ihr. Mente drehte das blasse Gesicht zu ihnen hin.

„Ach so, ich soll gehen —“

„Einen Augenblick hat es ja wohl noch Zeit,“ meinte die Schneiderin, „aber dann kommt sie —“

„Und hinterher 'ne andere und dann noch eine,“ fiel die härtere Stimme der alten Jungfer ein. „Und so kann es heute sein und morgen und immer. Denn Schwester ihr Geschäft hebt sich, Schwester kann gar nicht klagen, obwohl es eigentlich schlechte Zeiten sind —“

„Ja, schlechte Zeiten,“ sprach das blonde Mädchen nach.

„Aber, Schwester ihre Kundschaft wird immer vornehmer — ja!“ Die Schneiderin nickte. „War auch Zeit! Lange genug hat man darauf gewartet. Ach, das Leben ist 'ne rechte Last, von einem Tage zum andern. Wie viel Kleider habe ich schon gemacht und doch nichts vor mich gebracht, und die alten Tage kommen auch mal —“

„Wenn man nich jung sterben will,“ grinste Karoline, „ja, das ist so! Ich bin auch mal jung gewesen, und Anfechtungen habe ich auch gehabt, aber — nich um die Welt, ich habe auf mich gehalten!“

„Und das müssen Sie doch einsehen,“ sagte die Segern wieder, „wenn Sie nun nicht mehr in das Geschäft gehn — hier kann es nicht so bleiben — das müssen Sie doch einsehen!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Sachverständigenberichte überreicht.

Die so oft angekündigten Sachverständigenberichte sind jetzt der Reparationskommission übergeben worden. Bei der Übergabe haben seine Väter, General Dawes, Mac Kenna und Barthou, kurze Ansprachen gehalten.

Der „Matin“ hatte schon vor der Übergabe des Berichts an die Reparationskommission allerhand „Enthüllungen“ gebracht, die aber sehr tendenziös entstellt waren. Da Frankreich und Deutschland und darüber hinaus die ganze Kulturwelt an diesen Berichten interessiert ist, werden sie in der Presse aller Länder behandelt. Sehr viel aus dem Inhalt ist schon durch vorausgegangene Mitteilungen in der Presse bekannt geworden. Die Auswirkungen des Sachverständigenberichtes sind sozusagen ein Versuch am Objekt, das der deutsche Wirtschaftskörper bildet.

Die im Bericht behandelten Fragen sind die Sanierung der deutschen Finanzen, die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, die Emissionsbank, die Quellen für die Reparationszahlungen, der Besserungsindex, die Eisenbahngesellschaft, die hypothekarische Belastung des industriellen Besitzes, und eine Art Rückversicherungsvertrag der gegenseitigen Deckung.

Nach diesen Leitworten fordert der Bericht eine Stabilisierung der deutschen Währung entweder durch Gründung einer neuen Notenbank in Deutschland oder durch eine vollkommene Umorganisation der Reichsbank. Ein besonderer Anhang dieses Teiles im Bericht bringt einen genauen Plan über die Errichtung der Bank.

Die deutsche Wirtschaft soll nach Möglichkeit als unteilbares Ganze erhalten werden. In dem Gesamtplan können einzelne Vorschläge geändert werden. In kurzen Worten heißt es, daß die Sachverständigen die absolute Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit fordern, da sie unbedingt notwendig ist zum Ausgleich des Staatshaushaltes, zur Festigung der Währung und der Wiederherstellung des inneren und äußeren Kredits Deutschlands. Das ist gleichzeitig die **Verurteilung aller produktionshindernden Sanktionen.** Ein französisches Blatt schreibt dazu: Die Tatsache ist bereits erwiesen, daß die **Ruhrpolitik durch den Sachverständigenbericht verurteilt wird.**

Die Reparationszahlungen sollen durch bestimmte Einkünfte gesichert werden. Als Garantie sollen die Einkünfte aus Zöllen, die Abgaben auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker dienen.

Die durchschnittliche Lebenshaltung des deutschen Volkes soll durch die Leistungen nicht so herabgesetzt werden, daß sie unter das Niveau der anderen europäischen Länder sinkt.

Über den Plan der oben genannten Eisenbahngesellschaft, die gebildet werden soll, ist aus dem Bericht noch nichts Näheres bekannt.

Die Leistungen während der Zeit des Moratoriums sollen folgendermaßen aussehen: Für 1924/25 1 Milliarde Goldmark und zwar 800 Millionen aus einer auswärtigen Anleihe und 200 Millionen aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen. Soweit eine Anleihe nicht zustande kommt, können Leistungen von Deutschland nicht gefordert werden. Die Summe erhöht sich in den folgenden Jahren, und zwar 1925/26 1,22 Milliarden Goldmark, 1926/27 1,50 Milliarden Goldmark, 1927/28 1,75 Milliarden Goldmark. Das Reparationsjahr 1928/29 soll als Normaljahr gelten, in dem 2,5 Milliarden Goldmark zu leisten sind. Zu den Jahresleistungen, die vom fünften Jahre ab zu leisten sind, sollen in den darauffolgenden Jahren Zusatzbeträge gezahlt werden, die nach einem kombinierten Index errechnet werden, der die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft wiedergeben soll.

Zu den Belastungen der deutschen Industrie macht der „Matin“ folgende mit großer Vorsicht aufzunehmende Bemerkungen: „Die Sachverständigen glauben, daß ein großer Teil der deutschen Industrie in der Zeit der Markentwertung erhebliche Vorteile gehabt hat, die für die Zahlung der Reparationen herangezogen werden müssen. Das Projekt der Sachverständigen ist, 5 Milliarden in Gestalt von Obligationen auf den deutschen Industriebesitz der Reparationskommission zu übergeben. Diese Obligationen sollen 40 Jahre mit 6 Prozent verzinst werden (5 Prozent Zinsen, 1 Prozent Amortisation). Die Geschäftsführung wird einem Vertrauensmann (Trustee) übergeben werden, der die Zinsen von jeder Hypothek einzieht. Die Industriellen sind für die Zinsen verantwortlich, die Regierung für die Industriellen. Dies sehr komplizierte System soll die Möglichkeit geben, 5 Milliarden Goldmark für die Reparationskommission zu mobilisieren.

Zusammenfassend sagt der „Intransigeant“, der Sachverständigenbericht sei im Grunde nichts anderes, als die Entwicklung der deutschen Vorschläge, die im Juni 1923 von der Regierung Cuno gemacht worden sind.

Die „Ere Nouvelle“ betont: „Der stärkste Wert der Sachverständigenberichte beruht auf der Tatsache, daß der gute Wille auf beiden Seiten in Bewegung gebracht wird. Über die technischen Fragen kann man diskutieren. Es kommt hauptsächlich darauf an, daß man sich zu verständigen wünscht. Wir haben zwei Jahre verloren, um schließlich zu einer Erneuerung der Pläne zu gelangen, die vor Cannes erwogen worden sind. Der Bericht der Sachverständigen befestigt den Weg, dessen Richtung schon lange vorgezeichnet war. Viele seiner Folgerungen sind klug und praktisch, aber die wichtigste Folgerung für Frankreich wäre, daß unsere Isolierung ein Ende erreicht, wenn wir die Vorschläge annehmen.“

Stresemann über den Sachverständigenbericht.

Über dieses Thema sprach der deutsche Reichsaußenminister in Kiel gelegentlich einer Versammlung der Deutschen Volkspartei. Im Anschluß daran betonte er die Grundlosigkeit der von Frankreich verbreiteten Gerüchte über die angeblichen geheimen deutschen Rüstungen. Stresemann sagte:

Der Bericht der Sachverständigenkommission soll in der nächsten Woche erscheinen, kommt also noch vor dem Ablauf der Micumverträge an die Öffentlichkeit. Am Dienstag sollen die Verhandlungen zwischen der Micum und den deutschen Industriellen stattfinden.

Es ist vor aller Welt klar, daß das Deutsche Reich nicht in der Lage ist, eine Finanzierung für die Fortführung der Micumverträge zu übernehmen. Das gleiche gilt auch für die deutschen Industriellen. Gegenüber den französischen Mitteilungen, wonach die deutschen Industriellen sich bereit erklärt hätten, die Micumverträge zu verlängern, kann ich versichern, daß die maßgebenden Vertreter der dortigen Industrie dies für ganz unmöglich erklärt haben.

Pressemeldungen englischer Blätter aus Paris sagen, daß man Wider- von einer Wiederaufnahme des passiven standes an der Ruhr in Frankreich rede.

Wir müssen uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß die Unmöglichkeit von Leistungen seitens des Deutschen Reiches, die der französische Ministerpräsident früher selbst anerkannt hat, jetzt zum Ausgangspunkt einer neuen Konstruktion des passiven Widerstandes gemacht wird.

Beginnt aber eine neue Ära von Zwangsmaßnahmen, so ist nicht nur die Atmosphäre für eine Verständigung, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage dafür gefährdet.

Es ist eine freie Erfindung, wenn behauptet wird, daß der deutsche Außenminister auf das Urteil des Münchener Volksgerichts eingewirkt, Ludendorff verherrlicht und seine Freisprechung gefordert habe. Die Achtung und Wertschätzung des Feldherrn Ludendorff wird keine Kritik einer auswärtigen Macht einem deutschen Minister verwehren können. Der Politiker Ludendorff muß sich die Kritik gefallen lassen, die jeder tragen muß, der im öffentlichen Leben steht. Von einer Beeinflussung des Münchener Gerichts durch die Reichsregierung zu sprechen, zeugt von einem vollkommenen Mißverstehen der deutschen Verhältnisse.

Man will weiter in Frankreich die Aufmerksamkeit der Welt auf angebliche deutsche Rüstungen lenken, indem man den Begriff „Vaterländische Verbände“ für gleichbedeutend erklärt mit bewaffneten Organisationen. Auch gegen diese Irreführung muß ich mich verwahren.

Deutsches Reich.

Die Streikbewegung.

Berlin, 9. April. (Privattelegramm.) Die Lage im Eisenbahnerstreik ist wenig verändert. Die radikale Richtung gewinnt inzwischen immer mehr die Oberhand. In den Werkstätten Berlin und Rummelsburg haben die Streikenden den traurigen Mut gehabt, ein Begrüßungstelegramm nach Moskau zu senden, in dem sie den festen Willen aussprechen, der dritten Internationale zum Sieg zu verhelfen. In Berlin und Spandau mußte die Wahl politischer Betriebsräte in den Staatsbetrieben verhindert werden. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die radikalen Elemente eine Einigung der Gewerkschaften mit dem Reichsverkehrsminister nicht anerkennen werden, sondern mit aller Macht dem Generalstreik zusteuern wollen.

Der Vollzugsausschuß der Berliner Betriebsräte hat gestern abend beschlossen, eine 30proz. Lohnerhöhung in der Industrie zum 1. Mai zu verlangen und die Arbeiterschaft aufzufordern, sich für einen Generalstreik zur Erzwingung der Forderungen bereit zu halten.

Im Kohlenrevier fanden gestern abend 33 Bergarbeiterversammlungen statt. Einstimmig angenommene Resolutionen verlangen die Bewilligung einer Teuerungszulage von 25 v. H., rückwirkend auf 1. April unter Androhung des allgemeinen Ausstandes.

Um die Micumverträge.

Berlin, 9. April. (Privattel.) Wie aus Paris gemeldet wird, hat Poincaré am Montag einen zweiten Besuch des deutschen Botschafters erhalten. Mitteilungen, die der Kanzler in Barmen zu Zentrumsabgeordneten machte, lassen so gut wie keine Hoffnung aufkommen, daß Poincaré mit der Reichsregierung über die Micumverträge überhaupt verhandeln will.

Um Hitlers Begnadigung.

München, 9. April. (Privattel.) Die Besprechungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Völkischen Block haben bis gestern abend zu keiner Verständigung geführt. Inzwischen erklärt die bayrische Volkspartei, daß die Koalition mit den Sozialdemokraten für sie undiskutierbar sei. — Das Gesuch um sofortige Begnadigung Hitlers und seinen Mitschuldigen, das in den öffentlichen Lokalen ausgelegt ist, trug bis Montag abend 38 000 Unterschriften.

Schweres Flugzeugunglück bei Leipzig.

Das auf dem Leipziger Flugplatz stationierte Flugzeug D 278 der Aero-Expreß-Werke hatte in den letzten Tagen über Leipzig Rundflüge ausgeführt. Am Sonntag um 6,40 startete der Führer Hans Schöne, der das Ehepaar Pabst aus Leipzig als Passagiere mitgenommen hatte. Das Flugzeug kam gut vom Boden ab. Es gelang dem Führer indessen nicht, den Motor auf die nötige Tourenzahl zu bringen, die erforderlich war, um eine größere Höhe zu erklimmen. Aus diesem Grunde sah sich Schöne gezwungen, außerhalb des Flugplatzes zu einer Notlandung zu schreiten. Er versuchte, den Apparat, dessen Motorzündung ausließ, auf der Chaussee Wiederitzsch—Seehausen niederzusetzen. Bei den Bemühungen, zwischen zwei Telegraphenstangen hindurchzukommen, stieß das Flugzeug mit dem einen Flügel gegen die Telegraphenstange. Der Flügel brach sofort ab. Der Apparat überschlug sich im Niedersturz. Beim Anprall auf die Erde wurde die Maschine völlig zertrümmert. Das Ehepaar Pabst war, als man ihm zur Hilfe eilte, bewußtlos, der Pilot hatte starke Verletzungen am Kopfe. Beim Transport nach dem Krankenhaus ist Pabst gestorben.

Der Sieg Mussolinis.

Nach den Wahlberichten aus Italien sieht das Endergebnis bis jetzt in 11 Wahlkreisen wie folgt aus:

231 Kandidaten der Regierungsliste,
13 der nationalen Ergänzungsliste,
25 der italienischen Volkspartei,
19 Sozialdemokraten,
16 Maximalisten,
12 Kommunisten,
1 Dissident-Faszist,
2 Kandidaten der Minderheiten,
2 Republikaner,
2 Sarden,
8 Kandidaten der konstitutionellen Opposition,
3 Demokraten,
6 Liberale,
2 Unabhängige.

Es hat sich insgesamt mit den faszistenfreundlichen Parteien eine Regierungsmehrheit von etwa 400 Stimmen gebildet.

„Ich bin zufrieden,“ soll Mussolini gesagt haben.

Zu den Wahleinzelheiten ist noch nachträglich folgendes zu sagen: Die italienischen Verfassungswahlen haben sich im allgemeinen ruhig abgespielt, von wenigen Zwischenfällen abgesehen. In Bozen, wo die deutsche Partei gegen die Faszisten bei weitem die Mehrheit erhielt, soll der deutsche Bürgermeister Ceratoner von Faszisten verprügelt worden sein. Er ist eine der angesehensten Persönlichkeiten Südtirols.

Die Wahlbeteiligung betrug in Mailand 60 Prozent, in Florenz 75 Prozent, Genua 60 Prozent, Venedig 55 Prozent, Rom 40 Prozent, gegenüber 31 Prozent im Jahre 1921. Mussolini hat auf dem Mailänder Friedhof an dem Faszistendenkmal einen Kranz niedergelegt und allein an der Krypta gebetet.

Der offizielle „Corriere Italiano“ teilt mit, daß die Wahlbeteiligung durchschnittlich 65 Prozent betrug, in einigen Wahlbezirken sogar bis zu 85 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen entfallen 58 Prozent an die nationale Liste; das Ergebnis ist eine völlige Niederlage der Sozialisten und Kommunisten in Italien. In Rom haben sich auch Mönche an der Abstimmung beteiligt und Hochrufe auf Mussolini ausgebracht.

Aus anderen Ländern.

Gegen Mac Donald.

Rotterdam, 9. April. (Privattelegr.) Der „Courant“ meldet aus London: Die gestrige Niederlage Mac Donalds im Unterhause hat zu außerordentlicher Erregung geführt. Konservative und Liberale haben sich prinzipiell in ihrem Kampf gegen die Arbeiterregierung geeinigt. Die konservative „Morningpost“ schreibt, nach einer Niederlage dieser Art müßte das Kabinett Mac Donald aus politischen Anstandsgründen zurücktreten, denn es sei keine Zufallsabstimmung gewesen. Da Mac Donald dieses aber nicht tun wolle, müsse man die Auswirkung abwarten und eine Klärung herbeiführen, die den sozialistischen Experimenten ein schnelles Ende bereiten würde. Das Schicksal des vom Sozialismus zerstörten Deutschlands dürfe sich in England nicht wiederholen.

Die Kommunisten in England.

Rotterdam, 9. April. (Privattelegr.) Die Londoner „Morningpost“ meldet eine zunehmende Agitation der Kommunisten in England, die seit offizieller Anerkennung der Bolschewistenregierung durch die englische Arbeiterregierung in den massenhaft sich häufenden Streiks der englischen Arbeiterkategorien und vornehmlich im Bergwerk sich bemerkbar mache.

Mussolinis Programm.

Zürich, 9. April. (Privattelegr.) Der „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Mussolini empfing am Montag die Pressevertreter, die ihn zu dem Wahlsieg beglückwünschten. Mussolini gab das zukünftige Programm seiner Regierung in kurzen Umrissen. Es sei hauptsächlich auf die endliche Herbeiführung des Friedens in Europa gegründet, von dem auch die Wohlfahrt Italiens abhänge. Italien habe keinen Feind in Europa mehr. Unter den von Mussolini angekündigten gesetzgeberischen Maßnahmen stehen in erster Linie die Versorgung aller Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen, sowie der Abschluß von Verträgen über Schiedsgerichte und die Stabilisierung der Währung.

In kurzen Worten.

Das norwegische Parlament verwarf den sozialdemokratischen Antrag, daß das Alkoholverbot nicht ohne vorhergegangene Volksabstimmung aufgehoben werden dürfe.

*

Die Pest in Indien. Aus Lahore wird gemeldet, daß die Pest schwerer als jemals seit dem Jahre 1918 wütet. Man schätzt die Zahl der Todesfälle im März auf annähernd 25 000. Die Seuche dürfte noch weitere sechs Wochen andauern. Die Regierung hat eine Summe von 50 000 Rupien für ärztliche Hilfeleistung bewilligt.

*

Kopenhagener Freunde deutscher Literatur. Eine Kopenhagener Vereinigung der Freunde deutscher Literatur wurde dort gegründet, um das Interesse für Literatur und Sprache in dänischen Kreisen zu fördern. Schon jetzt hat sie 150 Mitglieder. Der deutsche Gesandte von Mutius sprach in ihr über Goethes Aktualität, Professor Voigt (Kiel) über Wandlungen in altnordischem Menschentum.

*

Neue Erdrutsche bei Amalfi. Aus Rom wird gemeldet, daß bei Amalfi neue Erdrutsche vorgekommen sind. Die gesamte Küstengegend werde für bedroht gehalten.

*

Afrikareise des englischen Thronfolgers. Das Programm für die Afrikareise des englischen Thronfolgers steht jetzt fest. Der Fürst von Wales wird Southampton am 2. Mai verlassen und am 19. Mai in Kapstadt eintreffen. Er wird die Kapkolonie, den Oranjefreistaat, das Basutoland, Natal, Rhodesia besuchen.

*

Von der Militärdiktatur in Spanien. Ein in Madrid erschienenes Dekret erlaubt die Ernennung von Zivilgouverneuren in denjenigen Provinzen, in denen die weitere Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes überflüssig erscheint.

Letzte Meldungen.

Rußland und Rumänien.

Wie dem „Matin“ aus Belgrad gedrahtet wird, herrscht in serbischen Regierungskreisen die Auffassung vor, daß die Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland wegen der bessarabischen Frage auf das äußerste gespannt sind. Die polnische, tschechoslowakische und südslawische Regierung haben aus Bukarest Nachrichten erhalten, aus denen hervorgeht, daß die Russen an der bessarabischen Grenze kriegerische Vorbereitungen treffen.

Belgrader Blätter veröffentlichen Telegramme aus Bukarest, die besagen, daß ukrainische Freiwillige die Grenze an mehreren Stellen bereits überschritten hätten. Sie sollen bereits rumänische Grenzposten angegriffen haben. In zahlreichen rumänischen Städten ist der Belagerungszustand verkündet worden.

Tadel an Stresemann.

Rotterdam, 9. April. (Privattelegr.) Der deutschfreundlich gesinnte „Manchester Guardian“ tadelt in seiner Wochenrundschau die deutsche Antwort an die Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland, da die Abrüstung in Deutschland noch nicht vollständig durchgeführt sei, wie die Waffenfunde und auch die bekannten Regierungserklärungen im sächsischen Landtag bewiesen. (!) Im übrigen sei die Stresemannsche Note reichlich unklar und sehr wortreich, und sie ermangle jeder klaren Linie, so daß man sie ganz nach Belieben deuten könne, auch in dem Sinne einer umschriebenen Kapitulation Deutschlands.

Deutschland hat kein Recht.

Rotterdam, 9. April. (Privattelegr.) Die „Times“ melden aus Paris: Die Entscheidung des Botschafterrats auf die deutsche Note gegen die interalliierte Militärkontrolle ist auf Sonnabend, den 12. April, vertagt worden. Es herrscht vollständige Übereinstimmung, daß Deutschland kein Recht hat, die Einstellung der interalliierten Militärkontrolle zu verlangen, daß die Alliierten vom guten Willen Deutschlands nicht überzeugt seien, und daß der Zeitpunkt der Einstellung der interalliierten Militärkontrolle nicht von Deutschland, sondern von den Alliierten bestimmt werde.

Neues vom Tage.

§ Schwere Automobilunfälle in Deutschland. In der Königstraße in Wannsee bei Berlin ereignete sich am Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr ein folgenschweres Automobilunglück, das durch einen Zusammenstoß mit einem Radfahrer herbeigeführt wurde. An der Einmündung der Pfaueninselchaussee in der Königstraße fuhr der Assistenzarzt am Krankenhaus Westend, Dr. Butzbach, in die Königstraße ein, ohne die dort angebrachte Warnungstafel für Radfahrer zu beachten. Dies hatte zur Folge, daß sein Rad von einem ihm entgegenkommenden Privatautomobil, in welchem der Kaufmann Richard Krüger aus Wilmersdorf mit seiner Frau und seinem kleinen Kinde saß, erfaßt und zur Seite geschleudert wurde. Dr. B. erlitt einen doppelten Schädelbruch, so daß er in das Krankenhaus Westend eingeliefert werden mußte, wo er am Montag vormittag seiner Verletzung erlegen ist. Bei dem Automobil wurde infolge des Zusammenstoßes die Scheibe von dem Führersitz zertrümmert, und Krüger, der den Wagen selbst führte, verlor dadurch die Gewalt über die Steuerung. Das Auto fuhr quer über den Bürgersteig in einen Vorgarten hinein, in welchem der Polizeiassistent Königstein aus Wannsee und seine Frau und der Kaufmann Dreßler aus Friedenau saßen. Alle drei Personen wurden von dem Auto erfaßt, gegen die Wand des Hauses gedrückt und erlitten schwere Verletzungen. Dreßler starb auf dem Transport nach dem Krankenhause. Frau Krüger und ihre kleine Tochter wurden bei dem Zusammenprall aus dem Auto geschleudert, wobei die Mutter lebensgefährliche Quetschungen am Rücken erlitt, während das Kind unverletzt blieb. Unter den zahlreichen Sonntagsausflüglern, die zur fraglichen Zeit die Königstraße in Wannsee passierten, rief das Unglück großes Aufsehen und große Erregung hervor. — Einem furchtbaren Automobilunfall fielen, wie aus Freienohl i. W. gemeldet wird, der Fabrikant Franken jun. und der Oberingenieur Hengsten von der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, beide aus Hüsten, zum Opfer. Der Wagen fuhr auf einem etwa 12 Meter hohen Ruhrviadukt gegen das Schutzgitter, riß dieses weg und stürzte in die Tiefe. Dabei überschlug sich das Automobil. Das Benzin ergoß sich über den Wagen und fing Feuer. Franken und Hengsten, die auf dem Führersitz des zertrümmerten Wagens festgeklemmt waren, verbrannten bei lebendigem Leibe. Der dritte Insasse wurde bei dem Sturze aus dem Wagen geschleudert und schwer, aber nicht lebensgefährlich, verletzt.

Hackmaschinen

System „Woolnough“
(wie von Dehne gebaut
für Getreide und Rüben
liefert bei rechtzeitiger Bestellung in
allen Breiten — desgl. Hackmesser.

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele.
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

Vom 29. April bis 30. Mai d. Js.
findet in **Danzig** ein

Ausbildungskursus für Milchviehkontrollassistenten

statt. Landwirtssöhne sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18 bis 28 Jahren wollen sich unter Einreichung etwaiger Zeugnisse nebst Lebenslauf melden beim

Verband der Rindvieh-Kontrollvereine im Freistaat Danzig,
Danzig, Sandgrube 21.

Posener Tageblatt

Größte Auflage im Posener Bezirk.

Maßgebende politische, deutsche Tageszeitung. Erstklassige Originalartikel. — Vielseitiger Depeschen und zuverlässiger Nachrichtendienst. — Handelsblatt ersten Ranges.

Vorzügliches Jnsertions-Organ

Beliebtes Familienblatt mit reichem Unterhaltungsstoff: Romane, Novellen, Essays, Humoristisches, Rätsel usw. — Frauen- und Wirtschafts-Zeitung.

Abonnement kann täglich beginnen.

Verlag des Posener Tageblatts
Poznań, ul. Zwierzyniecka Nr. 6.
Postscheckkonto Poznań Nr. 200 283.
Telephon-Nummer 3110 und 2273.

Möbelfabrik übernimmt die Anfertigung eleganter und einfacher

Herrenzimmer, Speisezimmer Schlafzimmer.

Beste Arbeit. **Billigste Preise.**
Gefl. Anfragen unter **B. 6212** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Zur Saat.

Petkuser Gelbhafer,

1. Absaat von Original, 1923 von Petkus bezogen, durch die **Wielka Izba Rolnicza** anerkannt, **50 Prozent** über höchst. Posener amtlichen Notiz vom Vortage der Verladung, ferner [6240

Petkuser Sommerroggen,

älterer Nachbau **30 Prozent** über höchst. Posener amtlichen Notiz am Vortage der Verladung gibt in **Käufers Säcken gegen Nachnahme** ab

Dom. Golina Wielka
(Langguhle).
Adresse: **Dominium Golina Wielka.** Station: **Bojanowo,** pow. **Rawicz.**

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**
in
....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den Monat April 1924

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Krajowe Ubezpieczenie Ogniowe w Poznaniu, Hagel-Versicherungs-Abtlg.

Maximalpreise der Feldfrüchte im Jahre 1924.

Hiermit wird den P. T. Interessenten bekannt gegeben, daß Krajowe Ubezpieczenie Ogniowe w Poznaniu die Tätigkeit in der Hagelversicherungsabteilung auf Grund der im Dziennik Urzędowy Województwa Poznańskiego in Nr. 10 vom 8. v. Mts. bekanntgegebenen und am 24. Januar 1924 durch das Finanzministerium in Warszawa genehmigten Bedingungen aufgenommen hat.

Bedingungen sowie nähere Informationen erteilen den P. T. Interessenten die sich in **Kreisstädten** befindlichen Agenturen des Krajowe Ubezpieczenie Ogniowe sowie die **Direktion** in Poznań.

Hagelversicherungen von Feldfrüchten werden in vollwertiger Valuta, d. i. **in polnischen Złoty** gleich dem Valorisationsfrank zu den nachstehenden Maximalpreisen entgegengenommen.

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Feldfrüchte	Preis bei der Versicherung einschl. Stroh Zlp.	Preis bei der Versicherung Korn allein Zlp.	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Feldfrüchte	Preis bei der Versicherung einschl. Stroh Zlp.	Preis bei der Versicherung Korn allein Zlp.
1.	Winter- und Sommer-Weizen	29,—	23,—	16.	Buchweizen	—	16,50
2.	„ „ Roggen	16,—	13,—	17.	Futterrübensamen	—	125,—
3.	Gerste	17,50	14,—	18.	Mohn	—	44,50
4.	Gemenge der Halmfrüchte	15,—	12,—	19.	Hirse	—	15,—
5.	Hafer	16,—	13,—	20.	Rübsen	—	41,—
6.	Gemenge mit Hülsenfrüchten	17,—	14,—	21.	Samenklee a) weiß	—	150,—
7.	Lupinen a) gelb	11,—	9,—		Samenklee b) rot	—	90,—
	Lupinen b) blau	9,—	7,50	22.	Zuckerrübensamen	gemäß	
8.	Wicken	11,—	9,—	23	Kümmel	Vereinbarung	
9.	Linsen	63,—	53,—	24.	Tabak (Blätter)	„	
10.	Erbsen	18,50	15,50	25.	Flachs	„	
11.	Victoria-Erbsen	46,—	39,—	26.	Hanf	„	
12.	Seradella	11,—	9,50	27.	Futterklee	„	
13.	Pferde-Speise-Bohnen	22.—	19.50	28.	Korbweiden	„	
14.	Peluschken	12,—	10—	29.	Wein	„	
15.	Speise-Fisolen	—	53,75	30.	Hopfen	„	

Laut § 5, Abs. I der Hagelversicherungs-Bedingungen nimmt Krajowe Ubezpieczenie Ogniowe in Poznań zur Versicherung gegen Hagelschaden oben angeführte Feldfrüchte auch auf höheren Wert als oben angegeben wurde an.

Im Falle einer solchen Versicherung ist ein Antrag vorzulegen, in welchem der auf Grund der oben angegebenen Maximalpreise berechnete Versicherungswert der Feldfrüchte prozentuell auf den zu versichernden Wert erhöht wird, und zwar ist dies für jede Gattung der Feldfrüchte anzugeben.

Poznań, den 30. März 1924. [6575

Krajowe Ubezpieczenie Ogniowe w Poznaniu.

Herrenzimmer zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe u. **„A. B.“** an die Geschäftsstelle d. **Lissaer Tageblattes Leszno** erbeten.

Als Oster- und Einsegnungsgeschenke empfehlen, neu, zur sofortigen Lieferung:

Thiele, Bunte Falter, Gedichte, gebunden.
Sunkel, Der Weg zum Glück, gebunden.
Freyer, Allerlei aus dem Leben für das Leben, geb.
Schanz, Herdfunken. Neue Sprüche und Sinngedichte.
Haushofer, Lebenskunst und Lebensfragen, geb.
Dr. Engel, Die größten Geister u. die höchsten Fragen. Aussprüche und Charakterzüge erster Autoritäten, geb.
Solle, Das Land des Glücks, gebunden.
Baethgen, Hiob.
Warneck, Gnade und Friede, Predigtgabe.
Schwenck, Pilgerleben und Pilgerarbeit br.
Albrecht, Gedichte u. Gedank. „Leben ist nichts, Erleben ist alles.“ Geb.
Spurgeon, Predigten in Kerzen kart.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.
Abt. **Versandbuchhandlg.**

Staatl. gepr. Steuersekretär, jetziger Bankbeamter stellt

Steuererklärungen

auf, berechnet die zu zahlende Steuer und erteilt Auskunft in allen Steuerfragen. Gefällige Offerten unter **K. 6570** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Auswanderer!

Auf unserem **Rittergute** in Mitte **Ostpreußens,** guter Boden, können noch einige Ansiedlerstellen vergeben werden.

Posen = Westpreußische Flüchtlingsheimat,
Berlin S. 14.

Klubgarnituren

in Leder u. Gobelin, moderne und solide Ausführung, auch einzelne Sessel, Sofas etc.
empfiehlt

Polstermöbel-Werkstätte EDM. ŁUKOMSKI
Poznań
ul. Towarowa 21a (neben Hartwig). Tel. 1177.
Spezialität: **Ledermöbel.**

Restgut
200—400 Morgen

als Ruhesitz für älteren Landwirt mit gutem bequemem Wohn- und Gesindehaus, möglichst am Wasser mit Inventar **sofort** oder per 1. 7. 1924 **zu kaufen gesucht.** Renten-, Anerben- u. Liquidationsobjekte sowie Vermittler ausgeschlossen. Nähe von Poznań bevorzugt. Offerten unter **6547** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zukaufengesucht

2 Vollgatter 450 mm. bis 700 mm.
1 Kreissäge, 1 Transmission 70—80 mm.
Riemenscheibe, 1 Schleifapparat u. **Sägestanze.**
Offerten bitte zu senden u. **6520** a. d. Geschst. d. Bl.

Oberschlesische Steinkohle,

Förderkohle, jedoch ziemlich **staubfrei,** als **Kesselkohle** sowie für **Kalkwerke, Ziegeleien** usw. sehr gut geeignet, **liefern** wir aus eigener Produktion zu **Zlp. 11,— pro 1 Tonne** ab oberschlesischer Grubenstation.

Gefl. Anfragen unter **K. 6473** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ein Wäscheschrank

(echt Nußbaum), sehr gut erhalten zu **verkaufen.** Wo? Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Vom 1. April an sind unsere Geschäftsräume
nachm. ½6 Uhr geschlossen.

Posener
Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Posener Tageblatt, Zwierzyniecka 6



Tausche

meine in Deutsch-O.-S. gelegene

Wirtschaft,

massive Gebäude, Scheune, Stallung, 17 Morgen Land u. Wiese, im Dorfe m. Kirche Schule, Bahn u. Post, gegen ähnliche in Polen. Off. u. **L. G. 6550** a. d. Geschst. d. Bl.

F.

Bitte Nachricht unter meiner alten Adresse.

Gebildete Dame, gesund und lebensfroh, möchte einen gebildeten Herrn kennen lernen **zw. sp. Heirat.** Witwer mit Kind nicht ausgeschlossen. Angeb. u. 648? a. d. Gesch. d. Bl.

Unsere Leser und Freunde
bitten wir, bei Einkäufen sich auf das
Posener Tageblatt
zu berufen.



Obstbäume,

Pfirsiche, Walnußbäume, Edelwein, Frucht- und Beerensträucher, Hochstamm-, niedr. u. Kletterrosen, Zierbäume und Sträucher, Alleebäume, Trauerbäume, Heckenpflanzen, Kletterpflanzen, Spargel- u. Erdbeerpflanzen, perennierende Staudengewächse und verschied. andere **Gartenpflanzen** in allergrößt. Auswahl empfiehlt

Jul. Roß,
Gartenbaubetrieb,
Bydgoszcz,
św. Trójcy 15.

Eine fast neuer, schwarzer

Kindersportwagen

sofort zu verkaufen **ulica Spokojna 25, 2. Eingang, Seitenh. r. 1 Tr.**

Wohnungen

Ausländer, abs. med., sucht

ruhiges Zimmer

bei besserer Familie. Ang. unt. **6561** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 10. 4., 7½ Uhr: **„Boccaccio“,** Kom. Oper von Scribe.
Freitag, den 11. 4. 7½ Uhr: **„Puppenfee“,** Ballett.
Sonnabend, den 12. 4., 7½ Uhr: **„Dämon“,** Oper von Rubinstein.
Sonntag, den 13. 4., nachm.: **„Bohème“,** Oper von Puccini (Ermäßigte Preise.) Abends: **„Troubadour“,** Oper von Verdi. Gastspiel M. Sewilski.

Die Posener Intelligenz

eilt in das **Teatr Pałacowy,** um die 2. Serie von **„Homers Ilias“** unter dem Titel **„Die Zerstörung Trojas“** zu bewundern um **4.15, 6.30 und 8.45 Uhr.**

Sanatorium Friedrichshöhe
Telephon 20. Obernigk bei Breslau
für innerlich Kranke, Nervenkranke u. Erholungsbedürftige. Geisteskranke ausgeschlossen.
Abteilung für Zucker- und Stoffwechselkranke.
Chefarzt u. Besitzer: **Dr. F. Köbisch,** Nervenarzt.
Dr. med. Günther Espeut, Internist.
Prospekte.

Selbständiger
polnisch-deutscher Korrespondent,

mit gutem Engl. u. Franz., akademischer Bildg., Ia Referenzen, Kenntnis der Buchhaltung und langjähriger Praxis als (6578

Handelsdirektor,

genau bewandert in allen Steuer- und sonstigen Büroangelegenheiten **sucht** sich **baldigst zu verändern,** am liebsten nach **Bydgoszcz** oder Umgebung. Offerten **Warszawa, ulica Chmielna 56.** **Dr. Behrens.**

Gegen Höchstgebot abzugeben:

gebraucht, aber gut erhalten:

1 **Höhenstrohelevator,** 11 Meter (Flöther).
1 **Breitsäemaschine,** 3½ Meter.
1 **Dreschkasten für Göpel** (Flegeldrusch).
1 **Göpel,** 2spännig.
1 **Kartoffelzudeckmaschine,** 4reihig.
1 **Kartoffeldämpfer** (Ventzki), 190 Liter.
1 **Viehwage.** 1 **Rübenkern-** (Mohrrüben, Wruken), **Dübbelmaschine,** 2reihig, neu.
1 **Kalkanstrichmaschine,** neu.
11 **T-Träger,** 16 Prf., 7 Meter lang.
30 **Stück Gartenstühle.**

Offert. unter **R. 6576** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 11. April, abends 6¾ Uhr.
Sonnabend, morg. 7¼ Uhr vorm. 10 Uhr m. Predigt nachm. 4½ Uhr Mincha mit halachischem Vortrag im Beth Schlomoh.
Sabbatausgang abends 7 U. 36 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 7 Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.
Freitag, 11. April, abd. 6¾ Uhr
Sonnabend 12 April, vormittags 10 Uhr.

Empfehlen: Neu! Sofort lieferbar:

v. Uexkull, Lucie Bertier. Ein Roman in Briefen, geb.
Richter, Das Totenlodern Ein phantastischer Roman, geb.
Richter, Der Rosenhag. Eine ganz vertrackte Historie, geb.

Antiquarisch zu kaufen gesucht:
Einige Werke über: **Griechische und römische Literatur.**

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznan, Zwierzyniecka 6.

Freitag, 11. April 1924.

Posener Tageblatt.

Beilage zu Nr. 86

Gesetz

vom 11. Dezember 1923 über Ruhestandsversorgung der Staatsbeamten und Berufsmilitärpersonen.

Dz. U. poz. 46/1924. Nr. 6.

Titel IV.

Übergangsbestimmungen.

Kapitel 1.

Gemeinsame Bestimmungen.

Art. 81.

Den Beamten, die vor dem Eintritt in den polnischen Staatsdienst, desgleichen den Berufsmilitärs, die vor dem Eintritt in das polnische Heer im Dienste einer der früheren Teilungsmächte, wie auch im Dienste der früheren galizischen Landesabteilung gestanden haben, oder auch Lehrer öffentlicher Volksschulen oder Mittelschulen gewesen sind und aus dem polnischen Staatsdienste bzw. aus dem polnischen Heeresdienst in den Ruhestand übergehen wird zu der zum Ruhestandsgehalt berechtigenden Dienstzeit eingerechnet die volle Zahl der Dienstjahre in einem früheren Teilungsstaat, welche der Anrechnung unterliegt nach den Ruhestandsgesetzen des betreffenden Teilungsstaates bzw. nach den galizischen Landesgesetzen mit dem Vorbehalt, daß die Art und Weise der Anrechnung dieser Zeit zu der zum Ruhestandsgehalt berechtigenden Dienstzeit nicht günstiger sein darf als die im Dienst des polnischen Staates bzw. im polnischen Heere auf Grund des vorliegenden Gesetzes, ebenso auch die Jahre des polnischen Staatsdienstes.

Die Berufsmilitärs, die wegen des überschrittenen Alters in den Ruhestand treten, erwerben das Recht auf Ruhestandsversorgung ebenfalls auch in dem Falle, wo die Zahl der Jahre des Zivilstaatsdienstes und des Heeresdienstes mindestens zehn Jahre beträgt, die nach der Kalenderzeit berechnet sind.

Zu dem im 1. und 3. Absatz angegebenen Zeitraum wird nur ein solcher Zivilstaatsdienst in den früheren Teilungsstaaten angerechnet, der zur Emeritur berechtigt hat und ununterbrochen und unmittelbar vor dem politischen Umsturz im früheren Teilungsstaat geleistet wurde.

Art. 82.

Die in den Ruhestand versetzten emeritierten Staatsbeamten und emeritierten Militärpersonen der früheren Teilungsstaaten, ebenso auch die emeritierten Lehrer der öffentlichen Volks- und Mittelschulen, wenn sie polnische Staatsbürger sind im Sinne des Art. 2 des Gesetzes vom 20. Januar 1920 über die polnische Staatsbürgerschaft (Dz. U. R. P. Nr. 7, Pos. 44), wie auch, wenn sie im Sinne des Art. 3 dieses Gesetzes als polnische Staatsbürger anerkannt worden sind, — erhalten die Ruhestandsversorgung bis zur Höhe von 75 Proz. dieser Versorgung, die ihnen zustehen würde nach den Richtlinien des Art. 19 von der Grundlage der Bemessung, wie sie im Artikel 17 des vorliegenden Gesetzes festgesetzt, gemäß der ersten Stufe der betreffenden Gruppe, mit dem Vorbehalt, daß die Art und Weise der Anrechnung der Dienstzeit in den früheren Teilungsstaaten zu der zum Ruhestand berechtigten Dienstzeit nicht günstiger sein darf als die im polnischen Staatsdienst bzw. im polnischen Heere auf Grund des vorliegenden Gesetzes.

Art. 83.

Die Einreihung der Emeriten in die einzelnen Gruppen erfolgt auf Grund einer Verfügung des Ministerrates.

Art. 84.

Die Staatsbeamten und Berufsmilitärs, desgl. die Emeriten (Witwen und Waisen), welche Mitglieder von Ruhestandskassen oder anderen Versorgungskassen gewesen sind oder Ruhestandsbeiträge bezahlt haben an die Kassen der früheren Teilungsstaaten, werden von den Ruhestandsrechten Gebrauch machen können auf Grund des vorliegenden Gesetzes nur unter der Bedingung, daß sie zuvor zugunsten des Staatsschatzes die ihnen bisher zustehenden Rechte abtreten, sofern sie jedoch diese Rechte in der Zeit zwischen dem 1. August 1914 und dem 1. November 1918 ganz oder teilweise realisiert haben — unter der Bedingung, daß sie sich verpflichten —, der aus diesen Quellen bezogenen Beträge.

(Fortsetzung folgt.)

Brief des Osterhasen an die Hennen.

An meine lieben Hennen,
die Edeldamen an sämtlichen Höfen des Posener Landes.

Als Ich nach langer, beschwerlicher Reise
Heute ins Land kam nach alter Weise,
Um den Staatsgeschäften treu obzuliegen,
Daß alle Kinder zu Ostern Eier kriegen,
Hab Ich zu meinem Schrecken vernommen,
Daß nicht nur die Kinder dies Jahr was bekommen,
Sondern daß Eier brauchen heute
Vor allen Dingen die alten Leute.
Denn gerade die früher zur Osterfeier
Nichts andres aßen als Eier und Eier,
Die haben heut oft recht knappe Ernährung;
So gab Ich denn gütig meine Gewährung.
Denn nichts ist schöner in Osterzeiten,
Als den Menschen recht viele Freude bereiten.
Nur bin Ich natürlich etwas verlegen,
So viele Eier kann Ich selbst nicht legen;
Ich darf nicht versäumen die alten Pflichten,
Doch Ihr sollt nun diese Arbeit verrichten.
Zwar legt Ihr ja täglich nur ein Ei,
Denn nur ein König kann vielerlei,
Und was dem Könige gut bekommt,
Hat Untertanen noch niemals gefrommt.
Doch seid Ihr ja viele, Ich zähl' Euch mit Müh',
Und wenn nun die Hähne mit Kikeriki
Das Sammeln gewissenhaft übernehmen,
Wer weiß, wie viel Schock dann zusammenkämen
Die kriegen die Alten recht pünktlich und frisch
Zu Ostern auf den Festtagstisch.
Daß die Eier auch richtig nach Posen gelangen,
Das werden die Menschen schon praktisch anfangen.
Ihr tut Eure Pflicht und zahlt so Mir die Steuern
Ganz wertbeständig in Hühnereiern.
Ich grüße Euch alle, Ihr Hähne und Hühner,
Bleibt wie bisher Meine treuen Diener.
Ich bin im Garten, im Wald und im Grase
Stets Euer König Osterhase.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 10. April.

Der Warthehochwasserschaden

läßt sich zwar auch jetzt, nachdem das Wasser um rd. 3 Meter gefallen ist, ziffernmäßig noch nicht feststellen, aber doch in großen Umrissen wenigstens schätzen. Im Gebiete der Warthe und der Prosna ist dieser Schaden naturgemäß unermeßlich groß: über 500 Geviertkilometer waren vom Hochwasser überschwemmt und haben mehr oder weniger großen Schaden erlitten. Die Uferanwohner haben außer großem Gebäudeschaden usw. auch erhebliche Einbuße an Feder- und sonstigem Kleinvieh davongetragen. Sehr schwer geschädigt sind die Sicherungswälle der Warthe, die zum Teil durchbrochen sind, und deren Material zum Teil von den Fluten mit hinweggerissen wurde. Ganz besonders schwer heimgesucht wurde in der Stadt Posen die Eichwaldstraße, die auf etwa drei Kilometer wird wieder neu hergestellt werden müssen. Einen großen Schaden hat die Stadt Posen ferner durch die teilweise Zerstörung der Dombrücke erfahren, die vermutlich in ihrer ganzen Konstruktion wird neu umgebaut werden müssen. Ein weiterer schwerer Schaden ist durch die Unterspülung des Bahndammes zwischen Gerberdamm und der Gasanstalt entstanden. Namentlich schwer heimgesucht wurde auch der Stadtteil Unterwilda, in dem die Häuser zum großen Teil so weit unter Wasser gesetzt wurden, daß die Einwohner nur mit Mühe und Not gerettet werden konnten. Sie mußten bekanntlich in Turnhallen und in der Pionierkaserne untergebracht werden, können aber in ihren alten Wohnungen, die durch das Hochwasser gebrauchsunfähig geworden sind, so daß sie für die Gesundheit der Bewohner Gefahr bringen würden, zum Teil nicht wieder untergebracht werden. Für sie wird die Stadt Barackenwohnungen mit ziemlich erheblichen Kostenaufwendungen herrichten müssen. Man schätzt die Baukosten eines solchen Barackenwohnhauses auf 100 000 Złoty.

Bei all diesen zweifellos sehr großen Hochwasserschäden ist nur der Gedanke ein gewisser Trost, daß der Schaden noch erheblich größer gewesen wäre, wenn wir in der Stadt Posen nicht den mit großen Kostenaufwendungen infolge der Hochwasserkatastrophe von 1888 geschaffenen Hochwasserschutz durch die Warthe-regulierung seit langen Jahren hätten. Ohne ihn hätten wir es bei dem diesjährigen ungewöhnlich hohen Warthewasserstand von 6,37 Meter erlebt, daß die unteren Stadtteile, wie die Große Gerberstraße, Schützenstraße usw. überschwemmt worden wären. Wenn diese Stadtteile diesmal verschont geblieben sind, so verdanken sie das zweifellos dem von der deutschen Regierung gemeinsam mit der Stadt Posen geschaffenen Hochwasserschutz. Aufgabe der neuen Zeit wird es sein, in diesem Sinne weiter zu arbeiten und dafür Sorge zu tragen, daß die diesmal so schwer getroffenen Stadtteile, wie die weniger bewohnte Eichwaldstraße und das stark bewohnte Unterwilda, in Zukunft den Unbilden des Hochwassers nicht wieder rettungslos preisgegeben sind. hb.

Die neuen Fernsprechnummern

des Posener Tageblatts und der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sind die

Nummern 6105 und 6275.

Preissturz auf dem Posener Viehmarkte.

Auf dem gestrigen Mittwoch-Viehmarkte erlebte man einen Preissturz, wie er seit langer Zeit hier zu den seltenen Ereignissen zählt. Die Rinderpreise erster Sorte gingen gegenüber dem letzten Freitag-Viehmarkt von 170 Millionen für 100 Kgr. auf 166 bis 168 Millionen, zweiter Sorte von 136 Millionen auf 130 Millionen zurück, während bei der dritten Sorte der Preis mit 90 Millionen unverändert blieb. Schweine fielen die erste Sorte von 210—216 Millionen auf 196 Millionen, die zweite Sorte von 198 Millionen auf 180 Millionen, die dritte Sorte von 180 Millionen auf 160—164 Millionen. Schafe fielen die erste Sorte von 110 Millionen auf 105 Millionen, die zweite Sorte von 90—100 Millionen auf 94 Millionen. Für Kälber blieben die Preise fast unverändert. Ganz ungewöhnlich bedeutend ist der Rückgang der Schweinepreise. Das Sinken der Preise ist hauptsächlich auf den Massenauftrieb zurückzuführen, während der Viehbedarf infolge der Fastenzeit auf ein Minimum zurückgegangen ist, so daß gestern viel Vieh unverkauft blieb.

Als natürliche Folge der ganz ungewöhnlichen Preissenkung darf wohl nun auch mit einem Sinken der Fleischpreise gerechnet werden. In der Tat konnte man in den verschiedenen Fleischerläden heute bereits billigere Fleischpreise feststellen. Der Speckpreis war von 1 700 000 Mk. auf 1 600 000 Mk. gesunken.

Ein neuer Seelsorger für die deutschen Katholiken Posens.

Bei Gelegenheit der Feier des Silbernen Priesterjubiläums von Domherrn Dr. Steuer am 30. März wurde auch der schon seit einem Jahre sehnlichst erwartete Seelsorger der deutschen Katholiken, Pater Venantius Kempf, vom Gymnasiallehrer Knechtel mit herzlichen Worten begrüßt.

Der neue Seelsorger ist ein geborener Pfälzer und gehört dem Konvent der Franziskaner in Würzburg an. Die Priesterweihe hat er in Freiburg in der Schweiz erhalten; dort ist er auch die letzten 10 Jahre als Professor für alte Sprachen, Latein und Griechisch, am Gymnasium und auch als Konviktsdirektor tätig gewesen. Durch sein sympathisches Wesen hat er sich sofort die Herzen der ihm anvertrauten Gemeinde gewonnen. Die deutschen Katholiken brauchen nun nicht mehr in Seelsorgsangelegenheiten an den Dom zu gehen, sondern können sich in allen Anliegen vertrauensvoll an Herrn Pater Kempf wenden; er steht ihnen jederzeit zu Diensten, und zwar nicht nur den deutschen Katholiken der Stadt Posen, sondern der ganzen Wojewodschaft. Der Gottesdienst findet wie früher statt an Sonn- und Feiertagen von 9—10¼ und nachmittags von 3—4, in der Fastenzeit schon von 2½ Uhr ab. Gelegenheit zur Erfüllung der österlichen Pflicht ist jeden Sonnabend und jeden Tag vor einem Feste von ½6 Uhr abends ab gegeben, desgleichen an jedem Sonntage und Festtage nach dem Gottesdienste. Wochentags hält der Pater die heilige Messe um ½8 Uhr und steht nach ihr gern jedem zur Verfügung.

Möchten die deutschen Katholiken es zu würdigen verstehen, daß sie wieder nach fast einjähriger Unterbrechung auch wochentags einen Geistlichen an der Franziskanerkirche zur Verfügung haben, und möchten sie eifrig den Gottesdienst besuchen, damit auch nach außen hin in die Erscheinung trete, daß es noch viele deutsche Katholiken in Posen gibt.

Keine Verlängerung der Einkommensteuereinschätzungsfrist. Die „Deutsche Rundschau" veröffentlicht eine ihr offenbar vom Finanzamt in Graudenz zugegangene Mitteilung, in der es u. a. heißt: „Entgegen den früheren Mitteilungen des hiesigen Finanzamtes ist soeben vom Finanzminister eine Verordnung erlassen, daß die Einschätzung zur Einkommensteuer bis zum 23. April eingereicht werden muß, und daß die hiesigen Finanzbehörden diese Frist nicht verlängern dürfen. Anträge um Fristverlängerung sind an das Finanzministerium in Warschau zu richten." Diese Verfügung gilt selbstverständlich nicht nur für Graudenz, sondern für ganz Polen.

Von der Bank Polski. In den Aufsichtsrat der Bank Polski tritt außer dem schon genannten Dr. Bajoński der Präsident der Posener Landschaft Józef Żychliński.

Ausschreibung einer Apothekenkonzession. Der Wojewode macht im „Dziennik" die Apotheker darauf aufmerksam, daß in Rychtal, Kreis Kempen, eine Konzession auf eine neue Apotheke vergeben werden wird. Näheres wird die nächste Nummer des „Dziennik Urzędowy" enthalten.

Vor der Aufklärung eines Raubmordes? Vor etwa drei Monaten wurde in Bromberg in das Juweliergeschäft von W. Szulc (ein Zweiggeschäft einer bekannten Posener Firma) in der Danziger Straße ein Einbruch verübt, bei dem der Geschäftsleiter der Firma, Grodzki, ermordet wurde. Die Ermittelungen blieben zunächst erfolglos, aber neuerdings wurden Spuren verfolgt, die nach Warschau führten. Dort ermittelte man auch mehrere der damals geraubten Wertsachen, und mehrere der Tat verdächtige Männer, sowie die Warschauer Hehler wurden festgenommen.

Falsche Fünfmillionenscheine sind in größeren Mengen namentlich in Kattowitz in den Verkehr gebracht worden. Die Falschstücke sind daran zu erkennen, daß sie eine stark rötliche Färbung haben und daß der Adler auf der Vorderseite infolge schlechter Zeichnung verwischt aussieht.

× **Der Wasserstand der Warthe** betrug hier heute früh 6 Uhr + 3,68 Meter, um 8 Uhr + 3,65 Meter. Um 6 Uhr früh hatten wir + 5½ Grad Cels., in der 9. Stunde setzte ein dichter Schneefall ein, doch wurden die Schneeflocken sofort zu Wasser.

Mitgliederversammlung der evangelischen Kirchgemeinden Posens. Wir machen darauf aufmerksam, daß die heute, Donnerstag, abend 8 Uhr im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses stattfindende Versammlung der Mitglieder unserer evangelischen Kirchgemeinden Posens mit dem Vortragsgegenstande „Religion und Volkstum" nicht nur eine Männerversammlung ist, sondern daß auch Frauen zu ihr eingeladen sind.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein hält seine Monatssitzung morgen, Freitag, abends 8¼ Uhr im Vereinszimmer des Café Bristol. An die Besprechung geschäftlicher Angelegenheiten schließt sich ein Vortrag über Enzyme.

Das Szewczyk-Quartett spielt morgen, Freitag, im Evangelischen Vereinshause Quartette von Smetana, Dworzak, Beethoven und Borodin. Der Abend wird durch einen Vortrag eingeleitet, den Dr. Opieński über „Das Leben und Schaffen Smetanas" halten wird. (Karten bei Arct und an der Kasse.)

× **Anerkennenswerte Ehrlichkeit.** Gestern abend fand ein Arbeiter aus der ul. Żydowska 37 (fr. Judenstr.) auf dem Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) ein goldenes Kettenarmband und lieferte es beim 2. Polizeikommissariat in der Wielkie Garbary 27 (fr. Große Gerberstr.) ab, wo es von der rechtmäßigen Eigentümerin wieder in Empfang genommen werden kann.

× **Kindesaussetzung.** Gestern nachmittag 3¾ Uhr wurde im Hause ul. św. Czesława 17 a (fr. Caprivistr.) ein neugeborenes Kind weiblichen Geschlechts in Lumpen gehüllt lebend aufgefunden. Das Kind wurde ins Stadtkrankenhaus gebracht.

× **Bei unrechtmäßiger Spiritusausfuhr** abgefaßt wurden gestern auf dem Hauptbahnhofe zwei Frauen, die eine aus Fabianice bei Lodz die 15 Liter Spiritus bei sich führte, und die andere aus Kalisch mit 10 Litern Spiritus.

× **Diebstähle.** Eingebrochen wurde vergangene Nacht wieder einmal in das Verkaufshäuschen an der Ecke der ul. Zwierzyniecka und Głogowska (Tiergarten- und Glogauerstraße); die Einbrecher bohrten ein Loch in die Wand und stahlen für 1½ Milliarden Zigarren, Zigaretten, Zuckerwaren und Schokolade. Aus einer Schneiderwerkstatt an der ul. Dąbrowskiego 25 (fr. Große Berliner str.) wurde eine größere Menge Herren- und Damenkleider im Werte von einer Milliarde durch Einbruch gestohlen. Ferner wurden gestohlen: aus einer Bodenkammer Św. Marcin 37 (fr. St. Martinstr.) Bett- und Leibwäsche im Werte von 200 Millionen; auf dem Schlachthof gestern mittag ein schwarzlackiertes Fahrrad, Freilauf Torpedo im Werte von 200 Millionen.

× **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 11 Betrunkene, 3 Dirnen, 4 Bettler, 1 Obdachloser, 3 Personen wegen Unzuchtverdachts, 10 Diebe.

□ **Gostyń, 9. April.** Der Pferde- und Viehmarkt, der am 17. d. Mts. stattfinden sollte, ist auf den 1. Mai verlegt worden.

* **Inowrocław, 9. April.** Infolge des Sinkens der Kohlenpreise wurden vom Magistrat für den Monat März nachstehende Preise festgesetzt: für elektrischen Strom zu Beleuchtungszwecken pro Kwstd. 1 400 000 M., zu Betriebszwecken 1 100 000 M., für 1 Kbm. Gas 850 000 M., für 1 Kbm. Wasser 600 000 M.

* **Culmsee, 9. April.** In Thorn, wo er nach Aufgabe der Domäne Steinau seinen Ruhewohnsitz genommen hatte, verstarb im 78. Lebensjahre der Amtsrat Donner. Mit ihm ist wieder ein bekannter und angesehener Landwirt dahingegangen, der auch lange Jahre im Aufsichtsrat der Zuckerfabrik Culmsee war. Am Montag nachmittag wurde die Leiche von Thorn nach hier übergeführt, wo die Beerdigung stattfindet. — Um 500 Dollar bestohlen wurde ein Amerikaner, der sich im vorigen Jahre in Elisenau ein Grundstück gekauft hat. In der Nacht zum Sonnabend stattete ihm ein Einbrecher einen Besuch ab und holte ihm aus der Stube die abends ausgezogene Hose fort, in deren Tasche sich u. a. 500 Dollar befanden. Obwohl der Schlafraum neben der Stube lag, hat der Amerikaner nichts gehört.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Familienmörder zum Tode verurteilt.

* **Lomza, 9. April.** Hier verhandelte das Bezirksgericht gegen einen Landwirt Dzik, der angeklagt war, seine Mutter, seine Frau und fünf Kinder ermordet zu haben. Ein fünfjähriges Kind entrann zufällig dem Tode, und auch einem zwölfjährigen Jungen, der bereits verletzt war, gelang es, zu entkommen. Der Mörder bekannte sich zur Schuld und bat selbst um das Todesurteil. Das Gericht verurteilte ihn auch zum Tode, wofür er ihm seinen Dank aussprach.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. C in J. Sie sind nicht verpflichtet, den vollen Wert der Hypothek nach dem Goldmarkstande zu bezahlen. Das wird aber von dem genannten Institut auch gar nicht verlangt. Vielmehr läßt es sich nach der Bekanntmachung in Nr. 75 des „Posener Tagebl." für 1000 Friedensgoldmark gegenwärtig 13 bzw. 19½ Goldfranken zurückzahlen.

E. K. in N. Wir empfehlen Ihnen, sich wegen der Beantwortung Ihrer drei Fragen mit der Abteilung Abwanderung des Deutschen Generalkonsulats im Johannenhause in Posen in Verbindung zu setzen.

O. K. in T. Von dem Mißgeschick, daß Sie Alters- und Invaliditätsmarken zu 108 000 Mk. nicht mehr kaufen können, wird jeder betroffen. In Nr. 84 des „Pos. Tagebl." haben wir uns in dem Artikel „Die Erhöhung der Invaliditätsversicherungsbeiträge" zu der Angelegenheit ausführlich geäußert.

E. K in S. Daß die betreffende Steuer bei der Zurückzahlung valorisiert wird, halten wir für völlig ausgeschlossen. Ein Fall, in dem die Zurückzahlung bereits erfolgt ist, ist uns nicht bekannt.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die Frankfurter Messe.

Von der gut besuchten Frankfurter Kunstmesse, die als Vormesse gilt, berichteten wir bereits. Jetzt ist inzwischen auch die eigentliche Hauptmesse eröffnet worden.

Der Direktor Satter vom Messeamt hielt die Begrüßungsansprache. Nach der „D. A. Z." machte er folgende Ausführungen: Er betonte, daß man trotz der wenig erfreulichen Zeitverhältnisse auf eine gute Messe zu rechnen möge. Die letzte Messe, die unter dem Zeichen der Inflation in schlechtem Angedenken stehe, könne unsere wagemutige Industrie und unseren Handel nicht lahmlegen. Er betonte jedoch, wie sehr in diesem Jahre weise Sparsamkeit am Platze sei, und richtete eindringliche Worte besonders an die ausländischen Journalisten, in ihren Ländern aufklärend zu wirken über die Kraft, die der deutschen Wirtschaft trotz aller Knebelungsversuche innewohne.

Die Beschickung der Messe ist eine gute. Die lebendige Werbekraft der Frankfurter Messe hat wieder eine Beschickung zur Folge, die weit über das Fassungsvermögen der Räume hinausgeht. Ebenso zeigt sie sich in den gewaltigen Käufermassen, die seit Sonnabend nach Frankfurt strömen. Neu tritt die junge Rundfunkindustrie auf den Plan; das riesige Haus der Technik ist vollständig belegt. Die Abteilung für Schuhe und Leder ist schon zu klein geworden, die chemische Industrie drängt nach Entwicklung, die Büchermesse hat sich erfreulicherweise neu belebt und vergrößert, und die Herbstmesse wird jedenfalls provisorische Sonderräume für Herrenbekleidung schaffen müssen. Von Messe zu Messe bewährt sich das organisatorische Prinzip der Branchensonderung, mit dem die Messe groß geworden ist und dem auch durch weitere Bauten genügt werden muß.

Der außerordentlich starke Strom der Besucher am Sonntag hat am Montag vormittag vorerst nachgelassen, mit Ausnahme der Radiomesse, die nach wie vor das Interesse des breiten Publikums beansprucht. Die Zahl der ernsthaften Besucher ist trotzdem über Erwarten groß geblieben, wenn sie auch infolge der immer deutlicher zutage tretenden Kapitalnot vielfach nur Reflektanten bleiben. Unvermindert lebhaft ist auch das Geschäft in der Schuhbranche geblieben, das bereits am Messesonntag vor allen anderen dominierte. Die außerordentliche Nachfrage in Sommer- und Spangenartikeln kann bei weitem nicht befriedigt werden. Bedauert wird, daß, so erfreulich das Inlandsgeschäft ist, Ausländer sich nur vereinzelt einfinden. In der Lederbranche konzentriert sich das Geschäft vor allem auf Boxcalf und Rindbox. Im Gegensatz zur Schuhbranche ist es in den ersten Morgenstunden in der Textilbranche etwas ruhiger geblieben. Bevorzugt wird weiter vor allem Qualitätsware. Kurzfristige Ware hat eine starke Nachfrage behalten, der aber bei der schon geraume Zeit andauernden Hausse in Textilwaren nur selten entsprochen werden kann. Eine Zunahme der Abschlüsse läßt sich in der Maschinenbranche feststellen, wo zeitweise die Abschlüsse die des gesamten ersten Messetages weit übertrafen. Das Interesse bezog sich vor allem auf leichtere Maschinen, für die nach den Erfahrungen der Aussteller Frankfurt überhaupt ein geeigneterer Markt ist als für schwere. Im Radiohaus lag am Montag vormittag das Geschäft ruhiger. Galanteriewaren, Hausartikel, Bureauartikel und Sportartikel ließen in den ersten Verkaufsstunden ein sicheres Urteil über die Entwicklung des zweiten Tages nicht zu. Immerhin ist die Zahl der ernsthaften Reflektanten bemerkenswert.

Handel.

♂ **Litauens Außenhandel** hatte im Februar d. Js. nach amtlichen Angaben für den gesamten Warenumsatz einen Wert von 34 260 200 Lits, wovon auf den Export 18 269 500 und auf den Import 15 990 700 Lits entfallen. Die Außenhandelsbilanz wäre demnach für Februar mit 2 278 800 Lits aktiv gewesen. Für die beiden ersten Monate d. Js. betrug der Wert des Außenhandels 62 542 700 Lits (bei einem Aktivum von 7 876 300 Lits), in den Vergleichsmonaten des Jahres 1923: 34 430 400 Lits, 1922: 17 721 800 Lits, 1921: 16 628 300 Lits und 1920: 8 054 100 Lits.

♂ **Ausfuhrbewilligungen für russische Rauchwaren** werden seit dem 21. März bis auf weiteres nicht mehr erteilt, weil in der letzten Zeit infolge des (trotz verschiedener organisatorischer Experimente) noch immer uneinheitlichen Vorgehens der Exportorganisationen der S. S. S. R. auf den Auslandsmärkten, insbesondere Amerikas, die Preise für russische Rauchwaren stark gesunken sind.

⊙ **Die Produktion von schwefelsaurem Ammoniak in Ostoberschlesien** ist in letzter Zeit wieder in die Höhe gegangen. Sie betrug im Monatsdurchschnitt 1200—1300 Tonnen. Da Ammoniak nicht nur von der Landwirtschaft, sondern auch zu industriellen Zwecken viel benötigt wird, ist auch weiterhin mit einer guten Beschäftigung der Ammoniakfabriken zu rechnen.

Von den Märkten.

Produkten. Kattowitz, 8. 4. 24. (Für 100 kg loko Wojewodschaft in Millionen Mp.) Weizen 43,75, Roggen 24,5, Hafer 24, Braugerste 26; loko Verladestation Leinkuchen 41, Rapskuchen 33, Weizenkleie 19,5, Roggenkleie 16.

Thorn, 8. 4. 24. (Für 50 Kilo in Mill. Mp.) Roggen 9,5 bis 10,5, Weizen 17,5—19,5, gewöhnliche Gerste 9, Hafer 9,5—10,5, Roggenkleie 6,75, Weizenkleie 7,25.

Warschau, 8. 4. 24. Börsentransaktionen, in Klammern die Tonnenzahl für 100 kg netto in Mill. Mp. franko Verladestation: Pommerellenweizen 126 (15) 42,4, Kongreßweizen 126 f (10) 42,75, Kongreßroggen 116 f (20) 21,75, 118 f (15) 22,35, Kongreßbraugerste (30) 25,5—25, Kongreßeinheitshafer (25) 22,75, Wicken (Pommerellen) (15) 23, Roggenkleie (30) 13,25—12,75, Weizenkleie (15) 15; franko Warschau: Roggenkleie (30) 14,5. Tendenz schwach Angebot stark.

Hamburg, 7. 4. 24. (In Goldmark): Weizen 170—178, Roggen 142—148, Hafer 134—140, Wintergerste 155—158, Sommergerste 166—168, Reis 2 sh bis 2 sh 6 d.

Chikago, 7. 4. 24. (Cts. probsc.) Weizen (Mai) 102 38, (Juli) 103.62, Mais (Mais) 78,25, (Juli) 79,12, Hafer (Mai) 46,25, (Juli) 44,25, Roggen (Mai) 66, (Juli) 67,5.

Metalle. Berlin, 9. April. (Für 1 kg in Goldmark.) Elektrolytkupfer 9.4, Raff. Kupfer 1.25—1 27, Orig. Hüttenweichblei 0.68—0.70 Hüttenrohzink 153.50, Remelted Plattenzink 0.61—0.62, Zinn (Banka Straits, Austral) 5.30—5.35, Hüttenzinn (mind. 99%) 5.15—5.20 Reinnickel 2.40—2.50, Antimon Regulus 0.95—1.00, Silber in Barren 95.50—96.50.

- **Edelmetalle. Warschau, 8. April.** (Im freien Verkehr für 1 g fein in 1000 Mkp.) Gold 6300, Silber 210, Platin 33 000, Goldrubel 4850, Silberrubel 3200 Bilon 1470.

London, 7. April. Diskont $3^{15}/_{16}$, Silber bar $32^{7}/_{8}$, 3 Monate $32^{13}/_{16}$, Gold 95.10.

Neuyork, 7. April. Diskont $4^{1}/_{2}$, Inlandssilber $99^{5}/_{8}$, Auslandssilber $63^{5}/_{8}$.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 8. April. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Aluminiumbleche, Drähte, Stangen 290 Aluminiumrohr 400 Kupferbleche 191, Kupferdrähte, Stangen 170 Kupferrohre o. N. 181, Kupferschalen 260, Messingbleche, Bänder Drähte 158 Messingstangen 124, Messingrohre o. N. 170, Messingkronenrohr 195, Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 197, Neusilberbleche, Drähte, Stangen 285 Schlaglot 190.

Altmetalle. Berlin, 3. April. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Altkupfer 120—125 Altrotguß 106—112, Messingspäne 82—86, Gußmessing 88—94, Messingabfälle 108—112, Altzink 48—52, neue Zinkabfälle 60—62, Altweichblei 58—61, Alumin., Blechabfälle 215—230, Lötzinn 220—235.

Börse.

⇹ **Die poln. Mark am 8. April. Danzig:** 0.623—0.627 (Parität: 1 607 000). Auszahlung Warschau 0.618—0.623 (Parität: 1 620 000). **Wien:** 73—83 (Parität: 137 000). **London:** Auszahlung Warschau 0.0000025 (Parität: 40 000 000). **Zürich:** Auszahlung Warschau 0.40—0.70 (Parität: 1 820 000). **Prag:** 2.90—3.70 (Parität: 345 000). Auszahlung Warschau 3.34—4.14 (Parität: 299 900). **Bukarest:** Ausz. Warschau 0.0022 (Parität: 45 500). **Tschernowitz:** Ausz. Warschau 0.0021 (Parität: 47 650).

⇹ **Gold- und Silbermünzen** bei der P. K. K. P. unverändert.

⇹ **Warschauer Börse vom 9. 4. 24.** An der gestrigen Devisenbörse macht sich eine stärkere Steigerung für den französischen Franken und das englische Pfund bemerkbar. Staatspapiere bleiben unverändert. An der Effektenbörse ist die Tendenz zu Anfang fest und steigend, gegen Schluß der Börse macht sich Schwäche geltend. Es notieren Bankwerte (in Millionen): Diskontowy 27.5, Handlowy Posen 8.5, Związku Spółek Zarobkowy 19.5, Handlowy 27, Kredytowy 1.9, Zachodny 9.2, VIII 7 9. Industriewerte: Puls 1.475, Strem 465, Zgierz 14.25, Sila i Swiatlo 2.125, Czersk 2,5, Goslawice 4.75 W. T. F. Cukru 16, Polska Nafta 1.8 Nobel 6,2, Cegielski 2.075, Rau 2.5, Modziejow 39, Ostrowiecki 36.25, Starachowice 13.2, Ursus 3.7, Zeleniewski 41.5, Zyrardow 1525, Cmielow 2.7, Haberbusch 2.4, Spiritus 8.3, Bulkan 17, Solvy Potasowy 18 5, Kijewski 1 275, Spieß 3,7, Kabel 4, Chodorow 18.5, Czenstoczice 8.75, Michalow 2 6, W. T. K. Węgla 21.5, Pfitzner & Gamper 29.5, Norblin 2.1, Ortwein 1.85, Zawiercie 190, Dąrowite 5.2.

⇹ **Warschauer Börse** vom 8. April. (Markt der nichtnotierten Werte in 1000 Mkp.) Chybie 27 500, Kujawy 100 000, Zbiersk 4000, Zduny 175 000, Gazy Wsch. 100 000, Jaworzno 110 000, Pruszków 950, Elektrownia na Sanie 850, Kauczuk 1100, Lokomotywy 2300, Machlejd 6000 Nitrat 1350, Opatówek 850, Hurt. Opałowa 400, Przemysł Węglowy 120, Zendler 2200—2300, Przem. Terpent. w Polskich 1750—1800, Westrich 105 000, Sarniańska Huta Szklana 195.

⇹ **Berliner Börse vom 9. April.** (In Billionen Mark.) Amsterdam 156.61, Brüssel 21.25, Christiania 57.61, Kopenhagen 69.82, Stockholm 110.92, Helsingfors 10.57 Italien 18.70, London 18.205, Neuyork 4.19, Paris 25.34 Schweiz 73 42, Spanien 56.36 Japan 1.795, Wien 6.08, Prag 12.71, Jugoslawien 5.63, Budapest 6.08, Sofia 3.29, Danzig 72.81.

⇹ **Ostdevisen in Berlin vom 8. April. Freiverkehr.** (Kurse in Billionen Mark für je 10 Millionen polnische Mark, übriges je 100 Einheiten. Auszahlung: Warschau 4.835 G., 4.955 B. Bukarest 2.335 G., 2.365 B., Riga 89.60 G., 91.40 B., Reval 1.175 G., 1.205 B., Kowno 45.045 G., 45.955 B., Kattowitz 4.83 G., 4.95 B. — Noten: polnische 4.775 G., 5.025 B., estnische —.— G., —.— B., litauische 42.90 G., 45.10 B.

⇹ **Wiener Börse vom 8. 4. 1924.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Mraźnica 90—95, Tepege 64—67, Montany 135, Zieleniewski 287, Apollo 735, Karpaty 327, Fanto 2280, Galicja 2440, Schodnica 550, B. Hipoteczny 19.9, Lumen 44,8 Kolej Półn. 14.800, Nafta 335, Kolej Lwów—Czern. 250, B. Małopolski 16, Browary Lwów 170, Rakszawa 62, Kol. Połudn. 88.1, Alpiny 523.1, Silesia 48, Krupp 320,1, Praskie Tow. żelaz. 1970, Poldi 59,4, Rima 155, Goleszów 1595, Skoda 1220, Jriag 180.

Danziger Mittagskurse vom 10. April.

1 Million poln. Mark	0,63 Gulden
1 Dollar	5,76 „

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Wertpapiere und Obligationen:	10. April	9. April
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	120	—,—
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	500	—,—
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	800	800
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	1 900	1900
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	800	800
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	210	—,—
Bank Młynarzy I.—II. Em.	40	40
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	380	—,—
Bydgoska Fabr. Mydel I.—II. Em.	200	—,—
R. Barcikowski I.—VI. Em.	150	—,—
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	—,—	650
H. Cegielski I.—IX. Em.	190—200	190
Centrala Rolników I.—VII. Em.	60	60
Centrala Skór I.—V. Em.	700	700
Goplana I.—III. Em.	425	425
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	—,—	150
Hurt. Związkowa I.—V. Em o. Kup.	27	27
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	1 100	1 200—1 150
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—,—	20 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	7 000	7 000
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	300	300
Młynotwórnia I.—V. Em.	—,—	220
S. Pendowski I.—III. Em.	100	—,—
Płótno I.—III. Em.	140	140
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em.	380—393	380
Pneumatik I.—IV. Em. ohne Bezugsr.	—,—	40
Sarmatia I.—II. Em.	1 900	1 900
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	20	—,—
Tri I.—III. Em.	1 600	1 600
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	—,—	2 250
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	700	700
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	3 000	3 000
Wytwórnia Chemiczna I.—VI. Em.	75	70—75
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	150	—,—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	425—450	—,—

Tendenz: schwach.

⇹ **Züricher Börse vom 8. April.** (Amtlich.) Neuyork 5.72, London 24.77, Paris 33 34, Brüssel 27.90, Amsterdam 213.60, Berlin 1.225 Mailand 25.55, Wien 80.42, Prag 17.10, Budapest 80, Sofia 4.15, Madrid $76^{5}/_{8}$, Christiania 78.50, Kopenhagen 94.50, Stockholm 151.50.

Warschauer Vorbörse vom 10. April.

Dollar 9 200 000—9 240 000. Engl. Pfund 39 750 000. Schweizer Franken 1 610 000. Franz. Frank 546 000.

Warschauer Börse vom 9. April.

Devisen:

Belgien	472 500—470 000	Paris	557 500—564 000
Berlin	—,—	Prag	278 000—268 000
London	40 600 000—40 300 000	Schweiz	1 640 000—1 630 000
Neuyork	9 350 000—9 300 000	Wien	132.10—130.00
Holland	3 459 000—3 465 000	Italien	417 250—413 000
Goldfrank	1 800 000	Zlotybons iie	1 350 000—1 400 000

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.